Nr. 3 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Mittwoch, den 4. Januar 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Gegenwartsforderungen

Unser Wahlaufruf in der Neujahrsnummer des „Volkswille“ umfaßt eine Reihe von Gegenwartsforderungen, die indessen mehr auf die Landesstruktur Oberschlesiens zugeschnitten sind. Da wir nun mit der Landespartei gemeinsam in den Wahlkampf ziehen, ist es notwendig, auch darauf hinzuweisen, welches die Ziele der Gesamtpartei für die gesamte Republik sind. Als Grundforderung strebt die polnisch-sozialistische Partei die Schaffung einer „Polnischen Volksrepublik“, die mit aller Deutlichkeit beweisen soll, daß Polen nicht nur von den Wirten allein, sondern auch von anderen Nationen bewohnt wird. Darauf muß mit Nachdruck verwiesen werden, da auch die Partei der moralischen Sanierung zwar alle „Völker“ Polens zu sammeln bestrebt ist, indessen nichts davon wissen will, daß es für sie so etwas, wie eine Minderheitenfrage gibt. Ob in Ostgalizien oder in den sogenannten Randgebieten, immer versucht man durch Bildung großer Wahlblocks eine sogenannte Einheitsfront zu schaffen, mit dem Ziel, das Vorhandensein der nationalen Minderheiten zu verwischen. Und darin unterscheidet sich die polnisch-sozialistische Partei, die nun auch in diesem Wahlaufruf nachweist, daß sie die Lösung der Minderheitenfrage im kommenden Sejm zur Erledigung bringen will. Allerdings ist der Aufruf nicht in allen Punkten klar, denn er fordert die territoriale Autonomie für geschlossene Volksmassen, Autonomie für das Wilnaland, für die anderen Minderheiten aber nur genügend Sicherheit zur Sicherung ihrer kulturellen Belange, während unsere Forderungen klar und deutlich nach einer kulturell-nationalen Autonomie hinzielen. Aber dies sind Fragen, über die ja noch zu verhandeln sein wird.

Wir haben ausdrücklich zunächst die Minderheitenfrage des Wahlaufrufs der polnisch-sozialistischen Partei angeschnitten, um auf die Bedeutung der Frage hinzuweisen, die sie für uns besitzt. Der Wahlaufruf, der in der Neujahrsnummer des Warschauer „Robotnik“ veröffentlicht ist, stellt zunächst fest, daß die Pläne der Regierung nach einer Diktatur hinauslaufen und daß das vornehmlichste Ziel die Aenderung der Verfassung sei, die seitens der Regierung dahin gehe, daß ihre Vollmachten noch weiter ausgedehnt werden und die Regierung nicht vor dem Sejm, sondern nur dem Staatspräsidenten verantwortlich wäre. Diesem Streben schließen sich auch die Wirtschaftskrise an, während die polnischen Sozialisten grundsätzlich die Festigung der Demokratie wollen und darum auch Ministerverantwortlichkeit vor der Volksvertretung. Eine wirksame Außenpolitik unter Anwendung der Grundsätze des Genfer Protokolls und damit verbunden die Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit, die die polnische Unabhängigkeit und zugleich dem Weltfrieden dienen müssen. Zur Verfassungsänderung wünscht die P. P. S. den Abbau des Senats, Demokratisierung des Gerichtswesen, sowie Abschaffung der Todesstrafe. Die Sicherung der Demokratie kann nur durch Ausdehnung der Selbstverwaltung erfolgen, in welcher die breiten Massen eine genügende Vertretung haben. Damit verbunden wird die restlose Durchführung des Achtstundentages gefordert und Ausbau der Sozialgesetzgebung, die Einführung der Altersversorgung, Erweiterung der Arbeitslosenfürsorge, sowie Sicherung des Mutterschafts- und Kinderschutzes. Ferner wird die Durchführung der Agrarreform unter besonderer Berücksichtigung der Kleinbauern gefordert. Der Aufruf beschäftigt sich ferner mit den kulturellen Forderungen und verspricht für die Einführung der einheitlichen Schule in ganz Polen einzutreten, sowie Unentgeltlichkeit des Unterrichts, sowie Durchführung des Schulzwanges. Außerdem enthält der Wahlaufruf eine Reihe von sozialistischen Forderungen, die ausschließlich auf die Gegenwartsaufgaben der Partei zugeschnitten sind.

Die P. P. S. tritt als erste Partei mit ihren Forderungen an den kommenden Sejm auf. Wir werden sehen, welche Beantwortung er durch die anderen Parteien finden wird, insbesondere, welche Stellung hierzu die sogenannten Sanatoren einnehmen. Klar und deutlich spricht sich der Aufruf auch gegen die kommunistischen Machinationen aus, deren Ziel nichts anderes, wie die Vorbereitung der faschistischen Herrschaft ist, wie wir dies ja auch in anderen Ländern beobachten konnten. Dieser Hinweis war besonders notwendig, wenn man bedenkt, daß die Rechtsparteien die P. P. S. verdächtigen, daß sie durch ihre radikalen Forderungen den Kommunismus vorbereite. Nun können sie aus dem Wahlaufruf ersehen, daß die P. P. S. auch gegen die Ultralinke den Kampf aufzunehmen gewillt ist. Der Aufruf ist in ruhigem Tone gehalten, beleuchtet alle schwebenden Fragen schlagwortartig und bildet schließlich nur eine Plattform, der sich jede sozialistische Partei anschließen kann. Freilich werden die sozialistischen Parteien, besonders der Minderheiten den revolutionären Schwung vermissen. Aber wie weit wären wir in Polen, wenn nur ein Teil der Gegenwartsforderungen schon heut verwirklicht wäre. Und schließlich kommt es auch hier darauf an, die Indifferenten für diese Ziele zu erobern, damit auf demokratischer Grundlage die polnische Volksrepublik erstehen kann, die seit Erstehung des Staates die Grundforderung der P. P. S. ist.

—ll.

Der amerikanische Friedenspakt

Geteilte Aufnahme in Paris — England erwägt den Beitritt

Paris. Nach einer Meldung des „Neuyork Herald“ aus Washington hat Staatssekretär Kellogg dem französischen Botschafter in Washington nunmehr einen ausführlichen Vertragsvorschlag übermittelt, der den Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten unmöglich machen soll. In einem Begleitbrief gibt Kellogg der Hoffnung Ausdruck, daß nach der Unterzeichnung eines solchen Vertrages auch andere Länder dem Pakt beitreten würden. Er stimme mit Briand darin überein, daß es notwendig sei, jeden möglichen Krieg zwischen beiden Ländern für ungesetzlich zu erklären. Dem „Neuyork Herald“ zufolge, kommentieren die offiziellen Washingtoner Kreise den Vorschlag des Staatssekretär Kellogg lebhaft und erklären, der neue Pakt könne eine ebenso große Bedeutung haben, wie das Völkerbundsstatut und der Vertrag des internationalen Schiedsgerichtshofes.

Das Projekt sei von Kellogg in Zusammenarbeit mit der auswärtigen Kommission des Senates ausgearbeitet worden. Es ist hervorzuheben, daß Artikel 2 des Paktvorschlages zur Voraussetzung hat, daß alle strittigen Fragen einem internationalen Schiedsspruch nur unterbreitet werden können, wenn die Vereinigten Staaten sich damit einverstanden erklären. Im Artikel 3 wird festgelegt, daß der Vertrag sich nicht auf innerpolitische Fragen bezieht, und weiter Angelegenheiten ausschließt, die die Interessen einer dritten Macht berühren. Alle Probleme, die mit der Monroe-Doktrin im Zusammenhang stehen, sollen ausgeschlossen sein.

England und die französisch-amerikanischen Paktpläne

London. Der neue amerikanische Vorschlag an die französische Regierung über den Abschluß eines ewigen Friedens zwischen Amerika nud Frankreich hat in London großes Interesse gefunden. In maßgebenden englischen Kreisen ist man sich darüber klar, daß Amerika von der britischen Regierung den Beitritt zu dem französisch-amerikanischen Vertrag erwartet. Die britische Regierung verfolgt den Verlauf der Verhandlungen mit großem Interesse und Sympathie, ist aber der Auffassung, daß ihre eigene Haltung bezw. Frage des Beitritts von der Kenntnis der Einzelheiten des vorgeschlagenen Vertrages abhängt. Eine Einladung an England, einem französisch-amerikanischen Vertrag beizutreten, würde aber in London zweifellos wohlwollende Erwägung finden.

Der „Quai d'Orsay“ zum Angebot

Paris. Wie der „Intransigeant“ mitteilt, beantwortet man am Quai d'Orsay die Frage, ob die Nachricht auf Wahrheit beruhe, daß ein Paktvorschlag für den hiesigen Frieden dem französischen Botschafter in Washington überreicht worden wäre, weder bejahend noch verneinend. Es wurde nur betont, daß die Verhandlungen in Washington zwischen Staatssekretär Kellogg und dem französischen Botschafter Claudel und die Pariser Besprechungen zwischen Briand und dem amerikanischen Geschäftsträger Whitehouse zur beiderseitigen Zufriedenheit verlaufen.

Für eine jugoslawisch-bulgarische Verständigung

Sofia. Außenminister Buroff gewährte dem Vertreter der Telegraphen-Union ein Interview. Ueber seine Genfer Unterredung mit Michalakopulos äußerte sich Buroff dahin, daß darin über die Schaffung einer Eisenbahnverbindung zwischen Bulgarien und Saloniki verhandelt worden sei. Ueber den Ausbau der Handelsbeziehungen durch einen Vertrag herrschte vollstes Einvernehmen. Ueber die Beziehungen zu Jugoslawien erklärte Buroff, es sei verständlich, wenn in Zeiten großer Nervosität Jugoslawien aus politischen und polizeilichen Gründen die Grenze gesperrt habe. Wenn die Grenze jedoch monatelang gesperrt bleibe, so erhalte diese Maßnahme politischen Charakter. Er erwarte jedoch hierin eine baldige Aenderung. Buroff unterstrich dann den Willen Bulgariens, mit Jugoslawien gute Beziehungen aufrecht zu erhalten.

Die französischen Versuche zur Herbeiführung einer jugoslawisch-bulgarischen Verständigung bestätigte der Minister. Frankreich, so erklärte er, arbeite sowohl in Belgrad als auch in Sofia auf eine Vertiefung der friedlichen Beziehungen hin, nicht zuletzt im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa. Ueber seine Genfer Unterredung mit Stresemann erklärte Buroff, daß dieser für die Leiden Bulgariens größte Teilnahme gezeigt habe. Die Gerüchte über ein angeblich italienisches Anleiheangebot an Bulgarien bezeichnete Buroff als grundlos. Bulgarien wolle nicht eine Umgehung des Völkerbundes und werde die Märztagung abwarten. Bulgarien, das seine Verpflichtungen erfülle, könne nicht annehmen, daß ihm eine Unterstützung nicht zuteil werde. Ueber die Anleihebedingungen müsse und werde ein Uebereinkommen erzielt werden.

Die Regierungsbildung in Danzig

Danzig. Nach dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung, sind die Verhandlungen über die Neubildung einer Regierung in Danzig nunmehr so beschleunigt worden, daß die Bildung des neuen Senats schon in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Die Regierung wird sich aus den Sozialdemokraten als der stärksten Partei sowie dem Zentrum und den Liberalen zusammensetzen. Die drei Parteien haben einen Koalitionsvertrag vereinbart, dessen erste Lesung heute beendet ist. Die Beratung soll keine Differenzen erheblicher Art gezeigt haben, da auf extreme Forderungen allseitig verzichtet worden sei. Insbesondere soll über eine Aenderung der Verfassung und über eine geplante Umbildung des Senats auf rein parlamentarischer Grundlage unter Abschaffung der Beamtensenatoren Uebereinstimmung erzielt worden sein. Der neugewählte Volkstag dürfte nach der Bildung der Regierung am 11. Januar zum ersten Male zu einer Plenarsitzung zusammentreten.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen

Berlin. Wie ein Abendblatt aus Warschau meldet, erklärte der Minister des Aeußeren, Zaleski, einem Vertreter des „Kurjer Poranny“, es bestehe die Hoffnung, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen. Bei beiderseitigem guten Willen sei trotz der schwierigen und verwickelten Materie Hoffnung vorhanden, binnen kurzem zur Unterzeichnung eines provisorischen Abkommens zu gelangen. Dies sei eine gute Vorbedeutung für die allgemeine Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten im neuen Jahre.

•

Berlin. Am 11. Januar beginnen die deutsch-polnischen Verhandlungen wieder und zwar in Warschau. Der deutsche Delegierte Dr. Hermes wird, wie die meisten Mitglieder der Delegation, zu den Verhandlungen nach Warschau zurückkehren. Diese werden sich zunächst auf den Abschluß des kleinen Handelsvertrages erstrecken. Die kürzlich in der polnischen Presse veröffentlichte Nachricht, daß die deutsche Regierung jetzt nicht mehr auf den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages Wert lege, entspricht nicht den Tatsachen. Wohl aber ist von deutscher Seite betont worden, daß die Absicht der polnischen Regierung, Goldzölle festzusetzen, klar erkennbar sein muß, ehe über Zolltarifmaßnahmen im Rahmen des Handelsvertrages, und zwar auch des kleinen Handelsvertrages, zwischen Deutschland und Polen feste Vereinbarungen getroffen werden können. In den Verhandlungen wird dann weiter über den Ausgleich zwischen Einfuhrkontingenten für Schweine und Kohle, die Deutschland zuläßt, und den von polnischer Seite zu gebenden Konzessionen auf dem Gebiete der industriellen Einfuhr nach Polen verhandelt werden.

Die Regierungskrise in Lettland

Riga. Die Regierungsbildung, die in die Hände der Rechtssozialisten übergegangen ist, hat bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Rechtssozialisten hoffen, in den Verhandlungen mit den Linkssozialisten und mit einem Teil der Minderheitenvertreter eine regierungsfähige Linksregierung zustande bringen zu können. Da aber außerordentlich schwierige Verhandlungen bevorstehen, glaubt die Presse nicht an ein schnelles Zustandekommen der Regierung. Das demokratische Zentrum hat, nach einem etwaigen Scheitern der Bemühungen der Rechtssozialisten die Regierungsbildung in seine Hände zu nehmen.

Ein Zeitungsgebäude durch Dynamitanschlag zerstört

Neuyork. In Scranton (Pennsylvanien) wurde auf das Zeitungsgebäude der Scranton Sun in der Silvesternacht ein Dynamitanschlag verübt. Das dreistöckige Gebäude wurde vollkommen zerstört. Verletzt wurde niemand. Man vermutet einen Racheakt.

Bilanz des polnischen Exportes für die Jahre 1925 bis 1927

Der polnische Export steht im Gegensatz zu der Behebung der Wirtschaftskonjunktur infolge der Erweiterung des Inlandsmarkts deutlich im Zeichen der Stagnation. Von Januar bis Dezember 1925 entsprach der polnische Export dem Gleichwert von 1028 Millionen Goldfranken, im Jahre 1926 — 1055 Millionen Goldfranken und im laufenden Jahre 1199 Millionen Goldfranken. Es könnte scheinen, daß die polnische Exportkraft innerhalb der letzten 2 Jahre bedeutend zugenommen hat, aber bei näherer Analyse der Ziffern erweist sich diese Annahme als falsch. Fast die gesamte Exportzunahme des letzten Jahres entfällt nämlich ausschließlich auf die Ausfuhr von Holz. Polens Holzausfuhr betrug im laufenden Jahre 133 Millionen Goldfranken mehr als im vergangenen Jahre, während die Zunahme des gesamten Exports 144 Millionen Goldfranken betrug, d. h., daß der ganze Exportzuwachs der gegenwärtigen Holzkonjunktur und der Raubwirtschaft in den polnischen Wäldern zu verdanken ist. Ein solcher Export wird zur Folge haben, daß in Kürze entsprechend weniger Holz ausgeführt werden wird, was sich bei der Aktivität der Handelsbilanz unangenehm bemerkbar machen wird. Die bisherige Exportsteigerung ist somit keine Erscheinung der Entwickelung der polnischen Exportkraft, da diese Steigerung eigentlich auf Konto des polnischen Anlagekapitals (der Forsten), nicht aber der Warenausfuhr im eigentlichen Sinne des Wortes zu setzen ist.

Beim Vergleich der Exportziffern für die Jahre 1925/26/27 gelangen wir zu dem Ergebnis, daß in dieser ganzen Periode keine Tonne Exportüberschuß an Brotgetreide vorhanden gewesen ist, da Polen mehr Roggen und Weizen eingeführt als ausgeführt hat.

Wohl hatte Polen im Jahre 1925 einen Exportüberschuß an Brotgetreide in Höhe von 22 Millionen Goldfranken und im Jahre 1926 in Höhe von 39 Millionen Goldfranken, aber in den ersten 10 Monaten des Jahres 1927 betrug das Passivsaldo der Handelsbilanz dieser Getreidearten 101 Millionen Goldfranken, d. h., daß das Getreidedefizit in diesen 3 Jahren 40 Millionen Goldfranken ausmacht. Im laufenden Wirtschaftsjahr mit einer Mittelernte hat Polen gleich nach der Ernte für 3,3 Millionen Goldfranken Weizen eingeführt und ist somit sogar in Jahren einer Mittelernte allmählich aus einem Getreideexportland ein Importland geworden. Eine wachsende Verschuldung und Passivität der polnischen Getreidebilanz aber kann das Zahlungsgleichgewicht des Landes in Zukunft für immer verschieben.

Einen deutlichen Niedergang hat auch der Naphthaexport aufzuweisen, der nur 45 Prozent der im Vorjahre exportierten Menge erreicht. Das ist eine Folge des stetigen Verfalls der Bohrtechnik, der dem wachsenden Bedarf an Erdöl für den Inlandsbedarf parallel geht und zu katastrophalen Ergebnissen führen kann. Zur Behebung dieses Mangels wird die Schaffung eines besonderen Bohrfonds sowie die Einleitung ständiger Arbeiten für die geologische Untersuchung der naphthahaltigen Gebiete gefordert.

Der Kohlenexport hat sich im ganzen laufenden Jahre auf entsprechend hohem Niveau gehalten. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres sind 9,6 Millionen Tonnen, also 1,5 Millionen Tonnen mehr als im Jahre 1925 ausgeführt worden. Im Vergleich zum Vorjahre als der Periode der durch den englischen Streik hervorgerufenen Ausnahmekonjunktur aber ist er sehr beträchtlich, nämlich um 2,2 Millionen Tonnen gefallen, und hat angesichts des heftigen englischen Konkurrenzkampfes weitere Verluste zu erwarten.

In der Zuckerindustrie steht der Steigerung des Exports von Rohzucker ein starker Rückgang des Exports von Kristallzucker und Raffinade gegenüber. Quantitativ kommt der Rückgang des Zuckerexports im laufenden Jahre stark zum Ausdruck. Indes besteht die Hoffnung, daß nach dem Abschluß der Zuckerkonvention in Paris mit dem Hauptkonkurrenten Europas, Kuba, eine Besserung der Verhältnisse für den Zuckerexport eintreten wird.

Der Export von Tieren und Tierprodukten weist eine günstige Entwicklung auf, insbesondere der polnische Eierexport marschierte im vergangenen Jahre an der Spitze des Welt-Eierexports und hat sich auch im laufenden Jahre weiterhin durch einen Umsatz im Betrage von rund 90 Millionen Goldfranken befestigt. Ebenfalls günstig entfaltet sich der Butterexport, der in den ersten 10 Monaten dieses Jahres in dem Betrage von 19,1 Millionen Goldfranken zum Ausdruck gekommen ist. Auf dem Gebiete des Exports lebender Tiere macht sich ein bedeutender Zuwachs (fast 100 Prozent) bemerkbar, der im laufenden Jahre einen Betrag von 78,9 Millionen Goldfranken gebracht hat. Dagegen beim Export von Pferden und Hornvieh sind Verluste zu verzeichnen gewesen.

In der Zementindustrie ist der Export im Vergleich zum Vorjahr um das Dreifache gestiegen. Auch die Hütten- und Metallindustrie weist einen starken Exportzuwachs auf. Während im Textilexport eine bedeutende Entwickelung des Baumwollexports zu beobachten ist, weisen andere Zweige eine Stagnation auf.

Aus vorstehender kurzer Zusammenstellung der Hauptzweige des polnischen Exports geht hervor, daß die Entwickelung der Exportkraft im letzten Jahre mit der Entwickelung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur durchaus nicht gleichen Schritt gehalten hat. Zur Hebung des polnischen Exports hat die Regierung verschiedene Maßnahmen vorgesehen, von denen als wichtigste die folgenden genannt werden können: Entsprechende Ausgestaltung des neu errichteten Exportinstituts, Ausbau des Reklame- und Informationsapparats im Auslande, Syndikalisierung der Exportindustrien, Schaffung gemeinsamer Verkaufsbüros polnischer Exporteure im Auslande, qualitative Hebung und Vereinheitlichung der Exporterzeugnisse, Schaffung eines Exportversicherungssystems, Verkehrserleichterungen für den Export u. a. m. Freilich darf nicht vergessen werden, daß gerade in Polen von Worten und Plänen zu greifbaren Taten ein recht langer Weg ist.



Der neue Präsident des Hessischen Landtags

Zum Präsidenten des neugewählten Hessischen Landtages wurde einstimmig der Sozialdemokrat Adelung wiedergewählt.

Eine Mahnung Macdonalds an die Inder

Berlin. Wie ein Abendblatt aus London meldet, hat der Führer der englischen Arbeiterpartei, Macdonald, eine große Adresse an das indische Volk gerichtet, worin er die Politik der englischen Arbeiterpartei verteidigt und die Inder ermahnt, in ihrem eigenen Interesse der Kommission Verständnis entgegenzubringen und sich einer negativen und verderblichen Stellungnahme zu enthalten.

*

London. Nach Berichten aus Rangoon sind in der Nähe von Paungde im Prome-Distrikt eine Gruppe von Polizisten auf ihrem Patrouillengang von Dorfbewohnern angefallen worden. Einer der Polizisten wurde schwer verwundet. Die Polizei machte von ihren Schußwaffen Gebrauch, wobei zwei Dorfbewohner getötet und fünf verletzt wurden. Der Zwischenfall ist dies Ergebnis einer kürzlich von Agitatoren eingeleiteten Bewegung für die Nichtzahlung von Steuern. Die Polizei ist gegenwärtig wieder Herr der Lage. Eine Reihe von Verhaftungen wurden vorgenommen.

Baltische Wirtschaftskonferenzen

Die schon lange geplante baltische Wirtschaftskonferenz, die bereits Mitte Dezember zusammentreten wollte, wird sich nun, gemäß einer Aufforderung der estländischen Handels- und Industriekammern Mitte Januar in Reval versammeln. Der Plan eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der drei baltischen Länder, dem eine Zollunion folgen sollte, ist nicht neu. Schon der damalige litauische Außenminister Galvanauskas versuchte im Jahre 1923 einen wirtschaftlichen baltischen Bund zu schaffen. Es fanden diesbezügliche Konferenzen in Riga und in Reval statt, die aber, da politische Momente hindernd dazwischentraten, mehr oder weniger erfolglos endeten. Nur in gewissen Paß-, Verkehrs- und Niederlassungsfragen wurden befriedigende Resultate erzielt. Obwohl Litauen, Lettland und Estland Agrarstaaten sind, so liegen ihre wirtschaftlichen Interessen doch nicht auf gleicher Ebene. Lettland und Estland sind mehr von Rußland abhängig als Litauen, das mit dem Sowjetreich keine gemeinsame Grenze besitzt und dessen Export an landwirtschaftlichen Produkten sich nach dem Westen, hauptsächlich nach Deutschland, richtet. Einer Einigung auf wirtschaftlichem Gebiete der drei Länder stehen heute mehr Schwierigkeiten wie in früheren Jahren entgegen. Seit Lettland einen Handelsvertrag mit Rußland abgeschlossen hat, der es zum Teil in wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau stellt, und der in Estland große Verstimmung hervorrief, so sehr, daß die freundnachbarlichen Beziehungen darunter zu leiden begannen, nimmt Lettland unter den baltischen Staaten eine Sonderstellung ein. Denn auch Litauen wurde durch den Abschluß des lettisch-russischen Handelsvertrages unangenehm berührt. Auch politisch waren durch den litauischen Emigranenkongreß in Riga und durch den Tauroggener Putsch Mißstimmungen zwischen Kowno und Riga entstanden, die noch nicht beigelegt sind. So wünschenswert eine wirtschaftliche Einigung der drei baltischen Länder auch sein mag, so wird auf der bevorstehenden Konferenz in Reval doch kaum eine Einigung erzielt werden können.

Die Einigungsbestrebungen in Frankreich

Aus den Resten der „sozialistisch-kommunistischen Union“ Frankreichs hat sich eine weitere Gruppe der sozialistischen Partei Frankreichs angeschlossen. Der Senator Andree Morizet, Bürgermeister von Boulogne, sowie die gesamte Sektion Boulogne der sozialistisch-kommunistischen Union und alle deren Mandate haben mit allen gegen sieben Stimmen beschlossen, der französischen sozialistischen Partei beizutreten. Der Beschluß verweist darauf, daß die Union das Ziel der Einigung des gesamten Proletariats, das sie sich gesteckt hat, nicht nur nicht erreichte, sondern vielmehr durch ihre Existenz als dritte Partei des Proletariats die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung nur verschärfte. Die Union sei nutzlos geworden und zur völligen Vernichtung verurteilt, weshalb die Sektion der sozialistischen Partei beitrete, der einzigen großen Partei, die eine wirkliche und tätige Organisation darstelle.

Briand für Einhaltung der Versailler Abrüstungsverpflichtung

Berlin. Wie ein Abendblatt aus Washington meldet, hat der französische Außenminister Briand dem Pariser Vertreter des „Universal Service“ gegenüber eine recht interessante Erklärung abgegeben. Man könne, so meine Briand, niemals mit Bestimmtheit voraussagen, daß es keinen Krieg geben werde, aber er hoffe, daß im neuen Jahre das Wettrüsten zur See ein Ende nehmen und alle Nationen auf einer allgemeinen Konferenz sich darüber einigen werden, sämtliche Rüstungen zu beschränken. Der Abrüstungsverpflichtung des Versailler Vertrages müsse entsprochen werden. Frankreich werde nach Ankunft des neuen russischen Botschafters in Paris Verhandlungen über einen Friedenspakt mit Rußland aufnehmen. Auch mit Italien hoffe er bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Mussolini eine Verständigung herbeiführen zu können.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

6)

Sie trat ein. Die Beamten zogen sich auf einen Wink des Richters zurück und schlossen die Tür hinter sich. Helene, bleich, die dunklen Augen von fiebrigem Glanz erfüllt, trat auf eine Handbewegung Lystrups an die Barriere. Sie war noch in Abendtoilette; offenbar hatte man ihr nicht die Zeit gelassen, sich umzukleiden. Völlig abwesend blickte sie durch die Dinge hindurch; sie gewahrte Boye nicht. Ja, es schien, als ob sie den Sinn ihres Aufenthalts in diesem Raum kaum begriffe.

„Wünschen Sie einen Dolmetscher?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Bitte nehmen sie Platz.“

Helene blieb unbeweglich stehen, den Blick durch das Grau der Wand hindurch in unendliche Fernen gerichtet.

Lystrup schlug das Aktenstück auf; beim Rascheln des Papiers zuckte sie zusammen. Ove kannte diesen Trick Lystrups: die Nerven des zu Vernehmenden langsam und systematisch zu irritieren.

„Sie hatten gestern in Ihrer Garderobe im großen Zwischenakt Besuch?“

Helene antwortete nicht.

Lystrup wiederholte, ein wenig schärfer im Ton:

„Den Besuch eines Herrn.“

Er fixierte sie drohend. Von seinem Blick angezogen wandte sie ihm das Gesicht zu. Erstaunt sagte sie:

„Nun ja.“

Lystrup lächelte. „Dieser Herr hat Ihnen ein Bild gebracht. Stimmt das, Fräulein Wassiliew?“

„Gewiß.“

„Dieses Bild stellt Sie, Fräulein Wassiliew, dar. In Ihrer Rolle als Königin der Nacht — im Sternenmantel. Geben Sie dies zu?“

Indem sie verständnislos den Kopf schüttelte, sagte sie:

„Warum sollte ich es nicht zugeben?“

In Lystrups Gesicht trat ein Ausdruck, den Boye nur zu gut kannte.

„Wollen Sie die Güte haben, uns zu sagen, wer der Herr war, der Ihnen das Bild gegeben hat?“

Helene, betroffen von Lystrups Ton, erwiderte leise:

„Ich habe den Herrn nie in meinem Leben gesehen. Soviel ich weiß, war es ein Maler, der nach einer kleinen Photographie von mir dies Bild gemalt und es mir zum Geschenk gemacht hat.“

Der Richter erhob sich. „Warum sagen Sie die Unwahrheit?“ rief er in lautem Ton, mit einer Stimme, in der aufrichtige Entrüstung zitterte; diesen Tonfall hielt Lystrup für solche Zwecke parat, in denen es galt, das Opfer zu überrumpeln.

Helene, weniger erschrocken als erstaunt, sagte mit abweisendem Gesicht:

„Ich wüßte keinen Grund, die Unwahrheit zu sagen. Der Herr hat sich mir unter einem Namen vorgestellt, den ich nicht verstanden habe.“

„Wirklich nicht?“ höhnte Lystrup; Boye stieg das Blut in die Wangen. Erst jetzt erkannte er, daß Helene jede Phase dieses Kampfes wie einen körperlichen Schmerz empfinden mochte; er sah es an dem Zucken ihrer Hände.

„Der Herr, der Ihnen dieses Bild gebracht hat, war der Chef der bolschewistischen Propaganda in Skandinavien.“

Helene blickte betroffen auf; sie sah stumm auf den Richter, der sie höhnisch betrachtete — und ihre Augen wanderten hilflos weiter. Sie blieben auf Ove haften — und ein jähes Erkennen trat in ihren Blick. Ihre Pupillen weiteten sich; er sah das Zittern, das durch ihren Körper lief.

Sie sah ihm unverwandt in die Augen; hilflos, ein Tier, das sich in einer heimtückischen Falle gefangen hat.

„Was haben Sie dazu zu sagen?“ herrschte Lystrup sie an.

Sie schrak zusammen. Aber sie vermochte nicht zu antworten.

„Wissen Sie, was dieses Bild enthielt?“

„Nein.“

„Sie nützen Ihrer Sache schlecht“, sagte Lystrup scharf, „wenn Sie beharrlich Unwahrheiten antworten. Aber wie Sie wollen. Hinter diesem Bilde — zwischen Leinwand und Holz, steckte ein Brief. Werden Sie wenigstens gestehen, daß Sie seinen Inhalt kennen?“

„Ich kann Ihnen nichts gestehen, denn ich weiß nichts von einem Brief.“

„Kennen Sie die Gräfin Bunin in Paris?“

„Ja“, antwortete Helene mit offenkundigem Erstaunen.

„Diese Gräfin Bunin bewohnt ein Haus am Boulevard des Capucines?“

„Es mag sein.“

„Sie sagte eben, daß Sie sie kennen.“

„Ich habe mich nicht ganz richtig ausgedrückt. Eine mir nahestehende Person kennt die Gräfin Bunin; ich selbst habe sie nie gesehen.“

„Der Brief, den man bei Ihnen — in jenem Bilde — gefunden hat, ist an diese Gräfin Bunin gerichtet. Es ist kein Zweifel, daß Sie die Mission hatten, ihn ihr zu übergeben.“

„Selbst wenn es so wäre, so könnte ich darin nichts Strafbares sehen.“

„Nichts Strafbares“, wiederholte Lystrup, ganz Hohn — „Nichts Strafbares, sagten Sie? Sie sind nach Kopenhagen gekommen, unter dem Vorwande eines Gastspiels, um einen Brief in Empfang zu nehmen und an seine Adresse zu befördern — einen Brief, der nicht mehr und nicht weniger enthält als den Invasionsplan einer bolschewistischen Armee. Und Sie haben die Dreistigkeit, mir zu erklären, Sie könnten darin nichts Strafbares erblicken?“

„Ich habe Ihnen bereits erklärt, daß ich von diesem Brief nichts weiß.“

„Hm“ machte Lystrup und lehnte sich behaglich zurück. Er ließ seine Augen mit einem zärtlich-abschätzenden Blick über ihre Gestalt gleiten — so, als ob er ein seltenes und kostbares Tier im Käfig betrachte. Dann sagte er in einem fast liebevollen Ton:

„Mein liebes Fräulein Wassiliew, ich hatte Sie, wie ich Ihnen ehrlich bekennen will, höher eingeschätzt: es ist die typische Taktik aller Schuldigen, nur das zuzugeben, was man ihnen nachweist, und alles zu leugnen, was nicht beweisbar ist. Wenn ich noch Zweifel an Ihrer Schuld gehabt haben sollte, so sind Sie selbst im Begriff, diese letzten Zweifel zu zerstören. Ich glaube, Sie begehen den grundsätzlichen Irrtum, mich für Ihren Feind zu halten. Ich bin aber nicht Ihr Feind, Fräulein Wassiliew — ich will Ihnen sogar bekennen, daß ich zu Ihren Gunsten voreingenommen bin. Ich habe Sie gestern Abend im Theater gehört, ich habe eine Probe Ihrer großen Kunst empfangen, ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß derartige Imponderabilien oftmals einen Kontakt schaffen der enger sein kann als persönliche Bekanntschaft. Ich muß Ihnen weiter sagen, daß es mir leid tut, gerade Ihnen als Richter gegenüberzustehen — ich hatte Ihnen und mir etwas Besseres gewünscht.“

(Fortsetzung folgt.)

Schweres Feuergefecht zwischen Banditen und Polizei

Vereitelter Ueberfall auf die Eisenbahnkasse in Ząbkowice — Von der Polizei verfolgt und umstellt — Zwei Banditen im Kampf erschossen — Verhaftung von Mitschuldigen

Einen schweren Raubüberfall versuchten mehrere Banditen auf die Eisenbahnkasse in Zombkowice in der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember v. Js. zu verüben. Die Polizei nahm sofort die Spur der Verbrecher auf und stellte fest, daß als Täter Stanislaw Zielinski, Josef Goszt, Wladyslaw Kasprzyk, sowie ein gewisser Wojcik in Frage kamen. Inzwischen gelang es in Kattowitz den der Polizei zur Genüge bekannten Skrzypek festzunehmen, welcher verschiedenem Gesindel Unterschlupf gewährt haben soll. Skrzypek wurde nach Sosnowitz überführt und dort von der Kriminalpolizei festgestellt, daß die Bandenmitglieder in Eichenau Unterschlupf gesucht und gefunden hatten.

Am gestrigen Montag, den 2. Januar trafen in den frühen Morgenstunden in Eichenau Kriminalbeamte aus Sosnowitz ein, um die Verhaftung der Banditen vorzunehmen. Nachdem ausfindig gemacht worden war, daß sich der Verbrecher in der Wohnung des Josef Wawrosz auf der ul. Damrota 2, die weiteren Banditen dagegen wiederum bei dem Johann Czekaj auf der ul. Katowicka 35 aufhielten, wurden die beiden Verbrecher-Schlupfwinkel von Polizeimannschaften umstellt. Die Banditen Josef Goszt und Stanislaw Zielenski, welche sahen, daß kein anderer Ausweg vorhanden war, begannen auf die Polizeibeamten zu schießen. **Es entwickelte sich ein schweres Feuergefecht zwischen den Verbrechern und der Polizei, in deren Verlauf zwei Verbrecher und zwar die bereits erwähnten Banditen Zielinski und Goszt erschossen wurden.** Bei der gegenseitigen Schießerei wurde der Johann Czekaj, welcher den Banditen Unterschlupf gewährt hatte, an der linken Schulter schwer verletzt. Der Bandit Josef Kasprzyk ergab sich der Polizei freiwillig. — Die weiteren polizeilichen Untersuchungen werden fortgesetzt, um auch des letzten Täters Wojczyk habhaft zu werden und sämtliche Mithelfer ausfindig zu machen

Polnisch-Schlesien

Aus der Bautätigkeit der schlesischen Wojewodschaft

Vor dreieinhalb Jahren wurde der erste Versuch unternommen, dem Wohnungsmangel in der Wojewodschaft zu steuern. Der schlesische Sejm bewilligte damals 8 700 000 Zloty Baukredite für die Bau- und Wohnungsgenossenschaften, die für das Geld 200 Wohnungen in der Wojewodschaft schaffen. Ein Quadratmeter des bebauten Geländes kostete mehr als 60 Zloty, mithin viel zu viel, um diese Wohnungen den breiten Volksmassen zugänglich zu machen, die sie garnicht bezahlen konnten. Man hat eingesehen, daß dieser Weg nicht zum Ziele führt und plante große Mietskasernen, insbesondere weiter vom Industriegebiet entlegen, zu bauen. Diese Häuserkomplexe waren hauptsächlich in den beiden Kreisen Pleß und Rybnik geplant und sollten ungefähr 5000 Personen Unterkunft gewähren. Bei einer näheren Kalkulation zeigte sich aber, daß die Mietshäuser zu teuer sein werden, zumal die Entfernung große Zufuhrstraßen erfordert. Schließlich wurde das Kleinhäusersystem gewählt, weil diese Häuser selbst auf den alten Bruchfeldern gebaut werden können. Die Wojewodschaft baut diese Häuser in eigener Regie, die nach 42 Jahren Eigentum der Mieter sein werden.

Die Wojewodschaft erwarb zuerst von der Stadt Myslowitz in Städtisch-Janow ein Baugelände im Ausmaße von 40 000 Quadratmeter zu 50 Groschen der Quadratmeter. Die Stadt verpflichtete sich, das Wasser zuzuführen und die Straßen auszupflastern. Das Baugelände wurde in 96 Bauparzellen, jede zu 400 Quadratmeter geteilt, worauf 96 Häuser je mit zwei Wohnungen gebaut werden.

In Teschen wurde ein Baugelände im Ausmaße von 4860 Quadratmeter erworben, worauf 10 Häuser gebaut werden.

In Zalenze wurde von der Giesche-Spolka ein Terrain von 64 000 Quadratmeter zu 2 Zloty pro Quadratmeter erworben und dieses auf 138 Bauparzellen getielt. 110 Häuser sind dort im Bau begriffen.

In Schwientochlowitz wurde ein Baugelände von 105 000 Quadratmetern erworben, ein Quadratmeter zu je 2 Zloty und in 208 Bauparzellen eingeteilt. Angefangen wurden dort 168 Häuser.

In Siemianowice wurden 38 Bauparzellen, in Hohenlohehütte 62 Bauparzellen erworben. Dortselbst wurde bereits mit dem Bau von 20 Häusern begonnen. In Nikolai wurde ein Grundstück von 40 000 Quadratmetern zu 0 80 Zloty ein Quadratmeter gekauft und in 90 Bauparzellen eingeteilt. Mit dem Bau von 10 Häusern wurde bereits der Anfang gemacht.

Der Preis eines jeden Häuschens stellt sich auf 12 800 Zloty. Zum Hausbau gehört der Preis für das Baugelände, Kanalisation und Wasserleitungen, Straßenpflasterung und die Verwaltungskosten. Mit sämtlichen Einrichtungen wird sich ein fertiges Haus stellen: in Schwientochlowitz und Zalenze auf 14 800 Zloty, in Siemianowice, Hohenlohehütte und Janow auf 13 900 Zloty, in Nikolai auf 13 600 Zloty. Die Abzahlungsraten, einschließlich Miete werden monatlich 34, 35 und 36 Zloty betragen.

Die Wohnungen bestehen aus einer großen Küche, zwei Zimmern, das eine unten im Parterre und das zweite im ersten Stock, ein Vorzimmer, Klosett, ein Boden, Keller und Stallungen. Eine Wohnung kann eine Familie, bestehend aus 4 bis 5 Personen bequem bewohnen. In allen diesen Häusern werden 2700—3000 Personen wohnen können.

Neben diesen kleinen Häusern wird ein Wirtschaftshaus in der Kolonie erbaut, in welchem ein Lebensmittel- und ein Fleischhauerladen untergebracht werden wird. Auch wird in einem Haus ein Wannen- und Brausebad eingerichtet für alle Koloniebewohner.

An Baumaterial wurde bis jetzt verbraucht: 147 000 Stück Ziegel. Dieses Quantum bildet die Jahresproduktion von 3 großen Ziegeleien. 1 100 000 Dachziegelsteine, 1380 Stück Kachel, 2718 Türe und 2736 Fenster. Insgesamt wurde ein Baugelände, im Ausmaße von 30 Hektar erworben. Nachdem die Ziegelsteinpreise in die Höhe gehen, wird nach Ersatzmaterial Umschau gehalten. Proben werden mit Hochöfenschlacke, Zement und Betonstücken gemacht. Die bisherigen Baukosten betragen 5 000 000 Zloty.

Achtung Wahlberechtigte!

Vom 2. bis zum 15. Januar 1928 liegen die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahl öffentlich aus. Jeder Wähler hat sich davon zu überzeugen, ob sein Name in der Liste eingetragen ist. Sollte er ausgelassen sein, so muß er dagegen Einspruch erheben. Auch kann dies jeder Wähler für andere Wähler tun. Die Einsprüche sind spätestens bis zum 16. Januar schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben, wobei ein Ausweis vorzulegen ist, der das Wahlrecht des betreffenden Wählers beweist. Wer keinen solchen Personalausweis in Händen hat, beschaffe sich sofort einen solchen, weil es unter Umständen in der Zeit bis zum 15. Januar 1928 zu spät sein kann. Zwecks Erhebung von Reklamationen hat natürlich jeder Wähler das Recht, auch die in anderen Wahlbezirken ausliegenden Listen einzusehen.

Radio-Wahlagitation des Westmarkenverbandes

Der polnische Westmarkenverband in Posen hält Radio-Vorträge über die „deutsche Gefahr“ in Polen. Er verweist darauf, daß die Deutschen in dem letzten Sejm 17 Abgeordnete und fünf Senatoren hatten. In der Provinz Posen erhielten die Deutschen 113 000 Stimmen oder 14 Prozent aller abgegebenen Stimmen. In Pommerellen haben die Deutschen 52 000 oder 15½ Prozent aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen können. Die größte Gefahr besteht aber nach wie vor in der schlesischen Wojewodschaft. Hier erhielten die Deutschen mehr als 100 000 Stimmen. Die höchste Stimmenzahl fiel in Kattowitz (65 Prozent) und Königshütte (63 Prozent). Dann kam Kattowitz-Land, Bielitz, Schwientochlowitz, Tarnowitz und Rybnik mit 31 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf 17 Sejmmandate in der schlesischen Woejwodschaft erhielten die Deutschen fünf, und zwar je zwei im Wahlkreise Königshütte-Tarnowitz und Kattowitz-Ruda und ein Mandat in Teschen, Bielitz und Pleß. Der Westmarkenverband weist darauf hin, daß der Wahlkreis Teschen-Bielitz-Pleß sehr gefördert ist, weil dort den Deutschen nur einige hundert Stimmen zum zweiten Mandat gefehlt haben. Ueber Ost-Oberschlesien hören wir dann nachstehendes Lamento des polnischen Westmarkenverbandes: „Wir brauchen nicht besonders hervorzuheben, daß von allen polnischen Westterrains gerade Ost-Oberschlesien unsere größte Aufmerksamkeit erfordert. Die Wahlträgheit und die unglückliche Zersplitterung und die Unterminierung der polnischen Wahlfront durch den deutschen Wirtschaftsterror brachten uns schon solche fatale Ergebnisse, wir verweisen nur auf die letzten Kommunalwahlen, daß höchstens nur Blinde und Gehässige in die alten Fehler und Sünden verfallen können.“ Die polnische Allgemeinheit wird dann aufgefordert, reiflich zu überlegen und dabei nicht zu vergessen, wie schrecklich gefährdet dieser polnische Posten ist und selbstverständlich nur für polnische Listen zu stimmen. Der Westmarkenverband tröstet sich auch bald, daß in Schlesien das polnische Element sich bereits sammelt, was in den Beschlüssen von verschiedenen Organisationen zu erblicken ist. Nicht minder war der deutsche Erfolg bei den Senatswahlen in der schlesischen Wojewodschaft. Auf 4 Senatsmandate, die auf diese Wojewodschaft entfallen, erhielten sie 2 Mandate oder die Hälfte. Die Erfolge der Deutschen waren bei den letzten Sejm- und Senatswahlen in Schlesien direkt handgreiflich gewesen.

Redakteurschub

Bekanntlich ist Gen. Okonski, der Spitzenartikler der „Kattowitzer Zeitung“ aus der Redaktion dieser Zeitung am 1. Januar freiwillig ausgeschieden und nun lesen wir, daß auch der Feuilletonist des „Oberschlesischen Kurier“ seine Position niederlegte. Dieser Redakteursschub war seit längerer Zeit vorgesehen und gewisse deutsche Kreise trugen das Bestreben, diesen Schub auch auf andere Redaktionen auszudehnen, allerdings gelang das nicht. Die Lage der Redakteure der deutschen oberschlesischen Zeitungen war von jeher eine sehr heikle, stets äußeren und inneren Einflüssen ausgesetzt und deshalb ist dieser Schub, obwohl es sich hier um namhafte Kollegen handelt, gar nicht verwunderlich. Wir sind nur neugierig, ob der Ersatz für die beiden Ausgeschiedenen wieder aus Deutschland importiert wird, wie das so üblich ist, und was die Situation der von hier gebürtigen Redakteure keineswegs verbessert.

Festnahme eines Bürgermeisters

In der unweit Siemianowitz gelegenen Stadt Czeladz wurde vom Stadtparlament mit großer Mehrheit der kommunistische Stadtverordnete Heinrich Bittner als Bürgermeister gewählt. Es fehlte nur noch seine Bestätigung, gegen die auch Einspruch erhoben wurde. Nun traf jetzt in Czeladz aus Warschau die Nachricht ein, daß das gewählte Stadtoberhaupt wegen Teilnahme an antistaatlichen Bestrebungen verhaftet worden sei.

Kündigung deutscher Lehrkräfte

Mit Berufung auf Artikel 124 des Genfer Abkommens hat die Schulabteilung der Wojewodschaft den Studienräten des deutschen Gymnasiums in Kattowitz: Rauch, Pusch, Grelich, dem Studienrat Bialas in Königshütte und den Studienassessoren Gdynja und Krause sowie einigen Lehrkräften der Minderheits-Oberrealschule in Königshütte das Dienstverhältnis zum 1. September 1928 gekündigt.

Die obigen Kündigungen sind von der Wojewodschaft bereits einmal im April 1927 ausgesprochen worden. Infolge der Intervention von deutscher Seite, und weil die halbjährige Kündigungsfrist nicht eingehalten war, wurden sie aber von der Wojewodschaft zurückgezogen. Diesmal entsprechen die Kündigungen dem Wortlaute des Genfer Abkommens, so daß gegen dieselben in rechtlich-formeller Beziehung nichts einzuwenden ist. Praktisch jedoch bedeuten die Kündigungen einen schweren Schlag für die davon betroffenen Schulanstalten, da die Schulabteilung der schlesischen Wojewodschaft bekanntlich über keinen entsprechenden Ersatz für die zu entlassenden Lehrkräfte verfügt.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater Kattowitz. (Schauspielabonnement.) Für die zweite Hälfte der Spielzeit wird unter denselben Bedingungen wie im ersten Halbjahr ein weiteres Schauspielabonnement ausgegeben. Dasselbe umfaßt jedoch nur 6 Vorstellungen. Die Ausstellung der Abonnementskarten erfolgt bis auf weiteres in unserem Geschäftszimmer Johannisstraße 10, 2. Etage, Zimmer 14, in der Zeit von 10 bis 1½ Uhr. Für die bisherigen Abonnenten bleiben die Plätze bis zum 7. Januar reserviert. Vom 9. ab wird über die Plätze anderweitig verfügt. Wir bitten dringend, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern. Die alten Karten sind mitzubringen. Das alte Abonnement schließt am 16. Januar mit „Herodes und Marianne“.

Konzert Paul Bender. Am 9. Januar findet im Stadttheater Kattowitz als 4. Abonnementskonzert ein Arien- und Liederabend von Paul Bender statt. Ueber diesen großen Künstler schreibt das „Berliner Tageblatt“ vom 7. Dezember: „Der Meistersänger Paul Bender wurde an seinem einmaligen Liederabend vom Publikum ostentativ herzlich begrüßt. Er ist noch immer einer der Stimmgewaltigsten. Der Wohllaut seines vornehmen Organs ist ungebrochen, und das herrliche piano bis zum pianissimo zeigt die hohe Kultur der Stimme.“ Wir machen auf dieses außergewöhnliche musikalische Ereignis ganz besonders aufmerksam. Trotz der sehr hohen Unkosten sind die Preise mäßig gehalten. Die Deutsche Theatergemeinde hofft, daß der durch die niedrigen Preise bedingte Ausfall an Einnahmen durch einen recht zahlreichen Besuch einigermaßen ausgeglichen werden wird. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Rathausstraße, von 10 bis 2 Uhr täglich.

Zum Kattowitzer Vizestarosten ernannt. Der Referendar bei der Polizeidirektion in Kattowitz, Roman Richter, ist zur Starostei versetzt worden, wo er die Stelle des Vizestarosten übernimmt. Sein Amtsantritt erfolgt in den nächsten Tagen.

Auszahlung aufgewerteter Spareinlagen. Die Stadtsparkasse in Kattowitz hat sämtliche aus der Zeit vor dem 31. Dezember 1922 stammenden Spareinlagen ihrer Sparer mit 25 Prozent aufgewertet. Die Auszahlung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge gegen Vorlegung des Sparbuches bei genauer Beachtung folgender Termine: A vom 3.—9. Januar, B vom 10. bis 18., C vom 19.—27., D vom 28. Januar bis 6. Februar, E vom 7.—15. Februar, F vom 16.—24. Februar, G vom 25. Februar bis 3. März, H vom 4.—12. März, I, J vom 13.—21. März, K vom 22. März bis 22. April, L vom 23. April bis 1. Mai, M vom 2.—24. Mai, N vom 25. Mai bis 3. Juni, O vom 4.—12. Juni, P vom 13. Juni bis 4. Juli, R vom 5.—13. Juli, S, St, Sz vom 14. Juli bis 14. August, U vom 15.—22. August, V, W vom 23. August bis 7. September, Z vom 8.—25. September, vom 26. September 1928 ab für die, die sich innerhalb der oben angegebenen Termine nicht gemeldet haben.

Ausweise für Handelsreisende! Gemäß § 44 der Gewerbeordnung muß jeder Handelsreisende eine besondere Legitimationskarte besitzen, welche auf polizeiliche Aufforderung vorzuweisen ist. Diese Legitimationskarte für Handelsreisende (Karta Legitimacyjna dla Wejazerow) muß von der betreffenden Firma, in deren Auftrage der jeweilige Vertreter die Geschäftsreisen unternimmt, bei der zuständigen Polizeibehörde unverzüglich beantragt werden. In Kattowitz werden die fraglichen Ausweise bei der städtischen Polizei auf der ulica Mlynska 4 (Mühlstraße) ausgestellt. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß jede Uebertretung infolge Nichteinlösung der Legitimationskarte schwer bestraft wird.

Schließung eines Sport-Geselligkeits-Vereins. Der Sport-Geselligkeitsverein in der ul. Wita Strozza 3, der vor einiger Zeit Gegenstand polizeilicher Beanstandung war, weil in ihm, der nur Sportzwecken und der Pflege erlaubter Gesellschaftsspiele gewidmet war, eine Hasardspielergesellschaft ausgehoben wurde, deren Prozeß noch bevorsteht. Dieser Verein ist nun, wie wir erfahren, dieser Tage von der Polizeidirektion geschlossen worden.

Ein Lebensmüder. Der 24jährige ledige Arbeiter Rybasch aus Gieschewald, von der ul. Krakowska, machte vorige Woche in der elterlichen Wohnung seinem Leben ein Ende, in dem er sich aus seiner Browningpistole eine Kugel in den Kopf jagte, so daß er vor den Augen seiner Mutter sofort tot zusammenbrach. Gründe zur Tat sind unbekannt. Rybasch hielt noch zu Weihnachten seine Verlobungsfeier ab.

Bei verschlossenen Türen. Gegen ein Entgelt nahm die Hebamme Josefa O. aus Neudorf in ihrer Wohnung auf Verlangen der Ehefrau Agnes L., welche sich in anderen Umständen befand, einen gewaltsamen Eingriff vor. Wegen Uebertretung ihrer Berufsvorschriften wurde die Hebamme zur Anzeige gebracht und hatte sich am gestrigen Montag vor dem Landericht in Kattowitz zu verantworten. Da eine Schuld erwiesen war, wurde die Angeklagte O. zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Die Mitangeklagte, Ehefrau L., erhielt 6 Monate Gefängnis, doch wurde letzterer eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugebilligt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Einbruch im Restaurant Nickisch. Unbekannte Täter verübten in das Restaurant Nickisch auf der Poststraße 5 in Kattowitz einen schweren Einbruchsdiebstahl. Die Einbrecher drangen in der Nacht von Sonntag auf Montag vom Hofraum aus durch die Damen-Toilette und zwar, nachdem in dem Mauerwerk ein größeres Loch ausgeschlagen wurde, in das Innere des Lokals. Es wurde eine Kellnerkasse, ferner die eigentliche Geschäftskasse und schließlich eine kleinere Kassette gewaltsam erbrochen. Lediglich in der Geschäftskasse fanden die Spitzbuben einen Betrag von ca. 50 Zloty vor; dagegen war die Kellnerkasse leer. In der kleinen Kassette waren lediglich Dokumente, welche im Lokal von den enttäuschten Einbrechern herumgestreut wurden. Aus einem Glasbehälter, dessen Scheiben eingeschlagen wurden, entwendeten die Täter eine Menge Zigaretten und Zigarren, sowie mehrere Tafeln Schokolade. Nachdem sich die Spitzbuben noch mehrere Flaschen mit Wein und Likör aneigneten, flohen sie auf dem gleichen Wege. Das Diebesgut wurde vermutlich in zwei Aktentaschen untergebracht, welche die Einbrecher gleichfalls mitnahmen.

Für Arbeitslose aus Janow. Infolge des Feiertages am Freitag, den 6. Januar, findet die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung am Sonnabend statt.

Janow. (Wählerlisten.) Zu den bevorstehenden Sejm- und Senatswahlen sind die Wählerlisten im hiesigen Gemeindeamte, Zimmer 6, in der Zeit vom 2. bis 15. Januar, von 2—6 Uhr nachmittags zur Einsicht für die Wähler ausgestellt. Es

Börsenkurse vom 3. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8.91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213 25 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46 92 Rmk.

ist daher Pflicht aller Wahlberechtigten, sich über seine Eintragung in die Wählerliste zu überzeugen.

Schoppinitz. (Mehr Vorsicht.) Schon seit längerer Zeit werden Klagen über das Personal der Sosnowitzer-Züge, welche in Schoppinitz halten, geführt, weil die Fahrgäste gerade von der vierten Klasse, welche von Kattowitz ankommen, keine Zeit haben aus demselben rechtzeitig ein- und auszusteigen, so daß man gezwungen ist, aus dem fahrenden Zuge herauszuspringen. Da dies öfters vorkommt, müßte in Zukunft der hiesige Stationsvorsteher rechtzeitig eingreifen. Am Donnerstag, den 28. Dezember, beim Zuge 12.31 Uhr nach Sosnowitz machte sich bei den fahrenden Reisenden eine große Erbitterung gegen das Zugpersonal bemerkbar. In den Klassen des schon abfahrenden Zuges entstand eine große Panik, weil alle noch mit Gewalt und im größten Gedränge aussteigen wollten, nicht zu reden von den neueinsteigenden Reisenden, darunter noch eine große Anzahl Rekruten, welche sich an die Wagenabteile anklammerten, um mitzufahren. Es gelang noch den Zug nach einer Fahrt von 30 Metern anzuhalten, und nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß ein Massenunglück verhütet wurde. Von seiten der Eisenbahndirektion müßte gegen die Schuldigen in Zukunft scharf vorgegangen werden. Aber auch im obigen Falle würde eine Bestrafung der Schuldigen nicht schaden, weil dies nicht das erste und letzte Mal sei.

Sieg oder Bestechung?

Ein historischer Sensations-Prozeß

Eine der größten Schiebungen der Weltgeschichte wird in einigen Tagen in London gerichtlich behandelt werden, denn es wird hier festgestellt werden müssen, ob der russisch-japanische Krieg von den Japanern durch einen Sieg oder durch ein Geldgeschäft gewonnen wurde. Angeblich hat der japanische Marschall Yamagata für den Fall Port Arthurs und für andere „Kleinigkeiten", durch die allein der schnelle Sieg Japans über Rußland möglich war, an russische Verräter nicht weniger als 300 Millionen Mark gezahlt, oder vielmehr nur in Wechseln bezahlt, die nicht von der japanischen Regierung eingelöst wurden und nun jetzt von einem der Verräter eingeklagt werden sollen. Hier entrollt sich tatsächlich ein geschichtlicher Roman, wie er einem Dichter nie geglaubt werden würde, wenn die Angaben der klagenden Partei richtig sein sollten. In Rußland war allerdings zur Zarenzeit mancherlei möglich. Gerade der russisch-japanische Krieg deckte Schäden auf, die in einem anderen Kulturstaate überhaupt nicht möglich sind. So stellte sich bald am Anfange heraus, daß die Schuhe der Soldaten anstatt aus Leder aus Pappe waren, und bei Beendigung des Krieges gingen 50 Millionen Rubel, die nach Sibirien zur Ausbesserung der Schäden geschickt wurden, unterwegs verloren. Kein Mensch hat sie wiedergesehen und kein Mensch wußte auch, wer sie genommen hat. Auf dieser sittlichen und politischen Grundlage sind auch die unglaublichsten Vorgänge möglich.

Man weiß, daß im russisch-japanischen Kriege die unerschütterliche Haltung der Festung Port Arthur unter General Stoessel den Japanern nicht nur die größten Schwierigkeiten machte, sondern auch den Sieg gefährdete. In den ersten Stürmen vom 13.—14. August 1904, die die Japaner auf die Nordfront von Port Arthur machten, verloren sie nicht weniger als 16 000 Mann, ohne daß die Japaner den geringsten Erfolg erzielten. Nun rückte Kuropatkin zum Entsatz von Port Arthur mit einer starken Heeresmacht heran, nachdem er noch eine zweite Armee von 60 000 Mann herangezogen hatte. Die Japaner kamen jedoch nicht vorwärts und vier Monate lang lagen sich die beiden Armeen gegenüber. Zwar hatten die Japaner am 31. Oktober 1904 einen Teil der Außenwerke der Festung Port Arthur erobert und sich am 18. Dezember durch Einnahme eines beherrschenden Forts die Möglichkeit geschaffen, die Innenseite der Nordfront zu beschießen, aber damit waren noch nicht so wesentliche Fortschritte erreicht, die eine plötzliche Uebergabe der Festung gerechtfertigt hätten. Die Welt war darum nicht wenig überrascht, als am 2. Januar 1905, also wenige Tage nach dem kleinen Teilerfolg der Japaner, die Festung unter General Stoessel kapitulierte. Welche ungeheure Machtmittel General Stoessel noch zur Verfügung hatte, geht daraus hervor, daß bei der Uebergabe der Festung fogendes Kriegsmaterial ausgeliefert wurde: 546 Geschütze, 35 252 Gewehre, mehr als 80 000 Kilo Granaten und mehr als 3000 Kilo Pulver. Außerdem noch 4 Schlachtschiffe, 2 Kreuzer, 14 Kanonenboote, eine Unzahl von Dampfern. Die Uebergabe der Festung war unter diesen Umständen in militärischer Beziehung das größte Rätsel. Nun soll es nach Zeitungsmitteilungen angeblich gelöst werden.

Nach diesen Mitteilungen hat angeblich Marschall Yamagata, einer der siegreichen Feldherrn im Kriege gegen China und japanischer Ministerpräsident vom Jahre 1898, der den Mikado bei der Zarenkrönung vertreten hatte und Rußland gut kannte, durch drei Mittelsmänner, unter denen ein Graf Zielinski die Hauptperson zu sein scheint, die Uebergabe Port Arthurs durch eine Zahlung von rund 300 Millionen Mark in drei Wechseln erreicht. Wenn man die seltsamen Umstände betrachtet, unter denen eine Anzahl russischer Kriegsschiffe durch die Russen selbst ziemlich ohne Grund versenkt wurden, und wenn man überlegt, in welch peinlicher Lage Japan Ende 1904 war, als Port Arthur noch uneinnehmbar erschien, dann sind die Vorgänge jener Zeit, die für Japan sich so günstig gestalteten, allerdings geeignet, eine Bestechung der Russen durch Japaner mindestens für möglich zu halten. Der Prozeß wird nun darum geführt, weil die Japaner angeblich die Wechsel nicht eingelöst haben, als sie sich im Besitz von Port Arthur und des Sieges befanden. Von den drei Verrätern, denen die Wechsel übergeben worden sind, soll nur noch allein Graf Zielinski übrig sein. Außerdem sind zwei Wechsel über ungefähr je hundert Millionen Mark im Laufe der Jahrzehnte verschwunden, während ein Wechsel auf höchst geheimnisvolle Weise nach London gekommen ist und nunmehr von einem englischen Konsortium eingeklagt wird, da die Summe von 100 Millionen Mark ein ganz anständiges Kapital darstellt. Es wird wohl der erste Prozeß der Welt sein, in dem durch Richter entschieden wird, ob ein Sieg durch Tapferkeit der Truppen und Genialität der Feldherren oder durch drei unbezahlte Wechsel erlangt wurde.

Königshütte und Umgebung

Die Zeit der Erkältungen.

Ueber das Zustandekommen von Erkältungskrankheiten durch den Einfluß des kalten Wetters auf den Körper hat man neuerdings bemerkenswerte Untersuchungen angestellt. Dabei ergab sich vor allem die Tatsache, daß „die Abkühlung durch das Wetter und das Auftreten der Erkältungskrankheiten mit Sicherheit im engsten Zusammenhang stehen".

Die schädliche Wirkung der Kälte kann in dreierlei Art auftreten: zunächst als örtliche Erfrierungserscheinungen, bei denen hauptsächlich Aenderungen im Kolloidzustand der Zellen wahrzunehmen sind. Die Schädigungen des Zellgewebes sind aber in diesen Fällen nicht immer dauernd, sondern können, sobald rechtzeitig wieder normale Temperatur eintritt, vielmehr auch wieder vollständig verschwinden. Uebrigens erzeugen die niedrigsten Temperaturen keineswegs immer auch gleichzeitig die schwersten Erfrierungen. Erst wenn Nässe die Kälte begleitet und zu gleicher Zeit der Wind den Körper auskühlt, treten die Erfrierungserscheinungen auf.

Viel häufiger als die örtliche Erfrierung sind jene Erkältungskrankheiten, die auf die Weise entstehen, daß auf irgendeine Stelle des Körpers einwirkende Kälteeinflüsse in ganz entfernt davon gelegenen Körperteilen Schädigungen hervorrufen. Kommt es zum Beispiel einmal so weit, so erkrankt der betreffende Körperteil, ohne daß er selbst von der Kälte berührt wurde, einfach dadurch, daß durch die Bahnen des sympathischen Nervensystems eine seltsame Fernwirkung vermittelt wird.

Das bekannteste und häufigste Beispiel einer solchen, durch Fernwirkung erzeugten Erkrankung stellt der Schnupfen dar, der dadurch entsteht, daß durch örtlich auf die Füße einwirkende Kälte und Nässe eine krankhafte Veränderung der Sekretion der Nasenschleimhaut verursacht wird. Auf ganz ähnliche Weise kann ferner eine Durchkältung der Bauchhaut in Bronchien krankhafte Veränderungen hervorrufen oder auf die Nieren einwirken. Man bezeichnet die Erkrankungen, die in jener Weise zustandekommen, d. h. auf dem Vermittlungsweg der durch die Kälte beeinflußten Nerven, in der modernen Medizin, als „Erkältungsneurosen".

Die dritte Art, in der der Körper durch die Erkältung Schaden leiden kann, ist eine durch eine bereits vorhandene Erkältungskrankheit, wie etwa einen heftigen Katarrh, hervorgerufene Abnahme des Körperwiderstands gegen Ansteckung. Diese verminderte Widerstandskraft ist dann gewöhnlich die Ursache, daß der Körper besonders für jene Krankheiten empfänglich ist, bei denen die Ansteckung durch die Atmung erfolgt.

In diesen Fällen kommt es nun oft vor, daß zu einem bereits bestehenden Katarrh noch eine andere Krankheit hinzukommt, so z. B. Scharlach, Masern, Diphtherie oder Mumus. Doch tritt diese Erscheinung der Widerstandsverminderung des Körpers infolge einer vorausgegangenen Kälteeinwirkung in der Regel nur bei Erwachsenen auf. Bei den Kindern zeigt sich die Empfänglichkeit für Ansteckungskrankheiten ständig so stark, daß die Infektionen auch stattfinden, ohne daß der Körper erst durch Kälteeinfluß besonders empfänglich wurde.

Schätzungskommission für die Gewerbesteuer. Als Kommissionsmitglieder für die Einschätzung zur Gewerbesteuer wurden seitens der Finanzabteilung des Wojewodschaftsamtes für die Stadt Königshütte folgende Personen ernannt: Kaufmann Stanislaus Priebe, Juwelier Vinzenz Stempniewicz, Drogeriebesitzer Ladislaus Staniszewski, Sattlermeister August Botzek, Kaufmann Nikolaus Kupczyk, als deren Stellvertreter Baumeister Hugo Ziolko, Tischlermeister Antoni Poppek, Kaufmann Wilhelm Danisz, Rechtsanwalt Dr. Stanislaus Hul, Kaufmann Andreas Widy.

Apothekendienst. Den Apothekendienst in dieser Woche versehen: im südlichen Stadtteil die Löwenapotheke an der ulica Wolnosci (Kaiserstraße), im nördlichen Stadtteil bis Donnerstag abend die Barbaraapotheke, am Plac Mickiewicza (Bismarckring) am Donnerstag und Freitag die Florianapotheke an der ulica 3-go Maja (Kronprinzenstraße), Sonnabend und Sonntag die Adlerapotheke an der ulica 3-go Maja.

Das erste Handelsschulgebäude in Ostoberschlesien. Mit Unterstützung durch die Wojewodschaft und die Zentralbehörde in Warschau wird die Stadt Königshütte im Frühjahr 1928 mit dem Bau eines stattlichen Schulgebäudes beginnen, in dem das städtische Handelsgymnasium, die städtische Handelsschule, die kaufmännische Fortbildungsschule und die kaufmännische Vorbereitungsschule untergebracht werden sollen. Das Gebäude wird ein Eckhaus in unmittelbarer Nähe des monumentalen Gebäudes der Sozialversicherungsanstalt sein, hinter dem es an architektonischer Schönheit nicht zurückstehen soll. Der Magistrat beabsichtigt, Preise in Gesamthöhe von 10 000 Zloty für die besten Bauentwürfe auszusetzen.

Scheibensplitter. Der große Jemand zerschlug in der Nacht eine Schaufensterscheibe des Friseurgeschäftes Gajewski an der ulica Gornicza 19 im Werte von 750 Zl. Es scheint ein Racheakt vorzuliegen.

Nach Warschau. Als Vertreter der Stadt Königshütte nehmen an der Straßen- und Wegebauausstellung in Warschau Stadtbaurat Cwicewicz und Stadtrat Krause teil.

Felleliebhaber. Unbekannte Täter drangen nach Durchbrechung einer Mauer in das innere des Lagers von Oswald Brudniok an der ulica Ligota Gornicza 50 (Bergfreiheitstraße) ein und entwendeten verschiedene Felle im Werte von 3000 Zloty. Trotz der Größe des Diebesgutes entkamen die Täter unbehelligt.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den Blinden erklärlicherweise nur ein sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer lebenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadthauptkasse in Krol. Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswerten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Siemianowitz

Kesselexplosion am Silvestertage. In der Eisenbahnwerkstatt in Siemianowitz explodierte am Silvestertage beim Auftauen ein Kessel, wodurch zwei Arbeiter leicht und ein Arbeiter schwer verletzt wurden.

Theater und Musik

„Charley's Tante"

Schwank in 3 Akten von B. Thomas. Musik von H. Hirsch.

Man muß immer wieder die Erfahrung machen, daß die Bühnenwerke älteren Semesters, ganz gleich welchen Genres sie sind, die meiste Anziehungskraft besitzen. Wenn auch „Charley's Tante" über einen besonders wertvollen Inhalt nicht verfügt, so hat das Stück aber den angenehmen Vorteil, daß man lachen und lachen muß, bis man dem Bersten nahe scheint. Und auch das Liebenswürdige und Schelmische der Handlung ist gut dazu angetan, einmal alle Misere des Daseins zu vergessen, und nur dem Augenblick zu leben. Fürwahr ein schöner Anfang des neuen Jahres. Deshalb ist das Publikum der Theaterleitung gerade für die Auswahl dieses netten Schwanks dankbar, und der Erfolg war nicht von der Hand zu weisen, denn es herrschte eine Stimmung im Theater, die beinahe an Uebermut grenzte.

Aber ganz so oberflächlich ist denn die Bedeutung des genannten Werkchens doch nicht. „Charley's Tante beweist uns, daß die Gestaltungsfähigkeit selbst eines Schwankdichters in früheren Zeiten weitaus größer war als heutzutage; denn jede Person atmet hier Leben und ist ein Kapitelchen für sich. Auch die Musik — soweit von einer solchen gesprochen werden kann, der arme Wagner — platzt an der richtigen Stelle los. Die Einlagen waren natürlich gut angepaßt. Jedenfalls kann sich „Charley's Tante" in moderner Form sehen und auch hören lassen.

Die Aufführung selbst war glänzend, das Tempo unter Leydenscher Spielleitung wirbelnd und manchmal toll, wie es die lustigen Geschehnisse erfordern. Eine Glanzleistung vollbrachte Heinz Kahnemann als Babberley und falsche Tante. Diese Tante, die keine Tante war, war in der Tat eine so köstliche Tante, besonders verständnisvoll dem jungen Volk gegenüber, wie sich wohl so mancher seine Tante wünschen würde. (Soweit er eine hat!) Schon die Maske genügte, um sich schwach zu lachen. Und dann die graziös-grotesken Bewegungen! Geradezu großartig aber war die Couplet-Einlage „In Rio de Janeiro", wo Temperament und Beweglichkeit den Sieg davontrugen. Alles zusammen, eine ausgezeichnete Leistung. Die beiden übermütigen Oxford-Schüler wurden von Joachim Ernst (Wykeham) und Rudolf Kauba (Chesney) mit natürlicher Frische und quirlender Lebensfreude wiedergegeben. Otto Lange als Advokat Spittigue hatte natürlich, wie stets, die Lacher auf seiner Seite. August Runge verkörperte mit Ueberzeugungstreue das willige Faktotum im College und zwar mit dem Grundsatz: „Immer mit der Ruhe". (Daher: Ich fliege.) Nicht ganz so wohl fühlte sich Adolf Rehbach in der Rolle des Colonell; hier fehlte der richtige Ton. Die beiden kleinen Freundinnen Anny und Kitty fanden in Dorris Hansen und Ilse Hirt recht nette und reizvolle Vertreterinnen. Auch Henny Ohlrau gab die richtige Tante mit dem richtigen Einschlag. Irmtraud Hugin aber muß sich durchaus bemühen, etwas lauter und lebhafter zu sein. Auch als „Waise" hat sie ein Recht dazu. Die Bühnenbilder Hermann Haindl's wiesen schon äußerlich einen vergnügten Stil auf. Kapellmeister Peyser waltete beim Orchester flott seines Amtes.

Natürlich war das Haus vortrefflich besucht, man lachte und amüsierte sich und sandte donnernden Beifall auf die tüchtige Künstlerschar hernieder.

A. K.

Deutsch-Oberschlesien

Falsche 50-Pfennigstücke.

Da die erst unlängst zur Ausgabe gekommenen 50-Reichspfennigstücke aus Reinnickel bereits gefälscht werden, so erscheint es notwendig, auf die magnetische Eigenschaft dieser Münzsorte ganz besonders hinzuweisen. Da eine Nachahmung mittels Reinnickels aus technischen Gründen nicht in Betracht kommt, auch das gleichfalls magnetische Eisen als Ersatzmetall aus demselben Grunde ausscheidet, wird jedes falsche 50-Pfennigstück dieser Ausgabe an dem Fehler der magnetischen Eigenschaft von jedermann mit Leichtigkeit zu erkennen sein. Zweckdienliche Angaben über Hersteller und Verbreiter werden bei der 2. Kriminal-Inspektion in Gleiwitz, Zimmer 26, entgegengenommen.

Aufstieg des Sozialismus

Von Emile Vandervelde.

Der deutschen Sozialdemokratie sende ich meine besten Wünsche zum Jahreswechsel. Ich wünsche ihr, ich wünsche uns, ich wünsche der gesamten Internationale für das Jahr 1928 einen großen und dreifachen Sieg: einen Sieg über die Erben des „nationalen Blocks“ in Frankreich; einen Sieg über die Diehards, die in England die konservative Regierung beherrschen; einen Sieg über die monarchistische und nationalistische Reaktion in Deutschland!

Viele Anzeichen, die sich ständig vermehren, lassen uns solche weitgehenden Hoffnungen als durchaus begründet erscheinen. Freilich: aus einer oberflächlichen Betrachtung der Lage könnte man entgegengesetzte Schlüsse ziehen. Das Jahr 1927 ist ähnlich zu Ende gegangen, wie es begonnen hatte: eher grau. Es war ein Jahr ohne große Erfolge, aber auch ohne Katastrophen.

In den Vereinigten Staaten breitet ein aufgeblasener Kapitalismus seinen dreisten Reichtum aus und die dortige Arbeiterklasse, die die Brocken der Tafeln sammeln darf, ist die einzige in der Welt, die nicht mit kraftvoller Einmütigkeit gegen die scheußliche Hinrichtung von Sacco und Vanzetti protestiert hat. In China artet die Revolution, soweit man von einer chinesischen Revolution sprechen kann, in ein wirres Durcheinander aus, in der die Heftigkeit gewisser Aufstände nur zu vergleichen ist mit der kalten Grausamkeit, die man bei ihrer Niederwerfung beweist.

In Rußland, oder besser gesagt in Europasien macht das Sowjetregime eine ernste Krise durch; seine Führer scheinen nicht so bald mit jener Politik brechen zu wollen, die gekennzeichnet wird durch die Verneinung der elementarsten Freiheiten, durch die Zerreißung des Proletariats, durch die Vorbereitung einer aus der Cliquendiktatur sich herausbildenden Säbeldiktatur, gegen die sich in den letzten Wochen ihres Lebens das revolutionäre Gewissen Rosa Luxemburgs auflehnte. In Europa drohen jeden Augenblick einzelne Feuerherde des Krieges wieder aufzulodern. Der Rüstungswettlauf hat in Rom, ebenso wie in Belgrad aufs neue eingesetzt.

Die Hälfte unseres europäischen Kontinents lebt unter diktatorischem Regime; die andere Hälfte kennt nur konservative Regierungen.

Vor zwei Jahren waren wir noch drei oder vier Sozialisten im Rat des Völkerbundes. Seitdem unsere finnischen Freunde die Regierung verlassen haben, gibt es dort keinen einzigen Sozialisten mehr. Und was die Beteiligung von Sozialisten an der Regierungsmacht betrifft, sei es als Koalitionsregierung oder Minderheitsregierung, so mußte man es erleben, wie nacheinander diese Regierungsteilnahme in Schweden, in Dänemark, neuerdings in Belgien, in Lettland und, wie schon erwähnt, in Finnland zu Ende ging. So gibt es heutzutage in ganz Europa keinen einzigen sozialdemokratischen Minister mehr, abgesehen von einigen Ländern im Deutschen Reiche und einigen schweizerischen Kantonen, deren Autonomie jedoch durch das Bestehen einer zentralen Gewalt beschränkt wird.

Aber in demselben Augenblick, wo die kapitalistische Welt nach den Zerstörungen des Krieges sich vorübergehend zu stabilisieren scheint und wo die Konservativen, die Imperialisten, wieder die Oberhand in allen Regierungen erlangen konnten, da steigt von allen Seiten die sozialistische Flut abermals empor. Man kann in der Tat sagen, daß seit einigen Monaten es keine Teilwahl im West- und Mitteleuropa gegeben hat — in Polen, in der Tschechoslowakei, in Norwegen, in Deutschland, in England —, die nicht für die sozialistische Demokratie einen Erfolg oder zumindest das Symptom eines sichtbaren Erfolges bedeutete.

Als wir kürzlich mein lieber und verehrter Parteikamerad Karl Kautsky sein letztes Werk über die „Materialistische Geschichtsauffassung“ übermittelte, schrieb er mir:

„Ich wünschte natürlich, daß Sie Zeit fänden, mein Buch zu lesen. Aber ich schicke es Ihnen vor allem, um Ihnen meine Sympathie für Ihr politisches Wirken zum Ausdruck zu bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Sie mehr denn je durch die aktuellen Vorgänge in der Politik in Anspruch genommen sein werden. Denn es läßt sich voraussagen, daß im kommenden Jahr die allgemeinen Wahlen in Deutschland, Frankreich und wohl auch in England den Beginn einer neuen Geschichtsperiode bedeuten werden, in der die Siege der sozialistischen Demokratie letzten Endes zum Sturz der Diktatur in Italien und in Rußland führen werden.“

Viele objektive Gründe können einen veranlassen, diesen wunderbaren und wohltuenden Optimismus Kautskys zu teilen. Mann kann sich zwar fragen, ob in Frankreich die kommunistische Ablenkung, die Unsicherheit über die Wahltaktik und das Fehlen einer Verbindung zwischen der Sozialistischen Partei und den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen nicht das Ausmaß des Erfolges beschränken werden, auf den unsere französischen Freunde dennoch hoffen zu dürfen glauben. Aber eines ist jedenfalls sicher: daß nämlich die dortigen Arbeiter- und Bauernmassen, die vor allem friedlich und antiklerikal gesinnt sind, gegen die Rechtsparteien, gegen den aggressiven Nationalismus, für den Frieden stimmen werden. Als ich das letzte Mal mit Briand in Genf sprach, schien er dessen gewiß. Ich glaube nicht, daß die Ereignisse ihm Unrecht geben werden.

Was England betrifft, wird dort die Regierung Baldwin von den Churchill und Birkenhead beherrscht, von Lord Robert Cecil desavouiert, von der gelben Presse preisgegeben, von Lloyd George gestachelt, von den Arbeitern gehaßt, deren gewerkschaftlichen Rechte sie beschnitten hat; dort sind die Aussichten womöglich noch klarer. Einer der höchsten Beamten des englischen Auswärtigen Amtes sagte mir im vorigen April (obwohl er selber Konservativer war), daß, wenn allgemeine Wahlen sofort stattfänden, die Konservativen und die Arbeiterpartei beinahe gleich stark ins Unterhaus zurückkehren würden und die kleine Gruppe der Liberalen unter Lloyd George das Zünglein an der Wage bilden würde. Es scheint, daß sich aber seitdem die Lage nur noch zum Besseren verändert hat. Das einzige, was man befürchten könnte, wäre, daß die Wahlen nicht früh genug stattfinden.

Bleibt noch Deutschland, wo seit einiger Zeit jede Meldung über Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie gleichbedeutend ist mit einem Siegesbericht. Wie sollte übrigens jene labile Wählerschicht, die bald nach rechts, bald nach links schwankt und das Endergebnis des Kampfes entscheidet, nicht erkennen, daß die Niederlage der Nationalisten, die Befestigung der Republik und die Stärkung der sozialistischen Demokratie nicht nur vom innerpolitischen Standpunkt aus an sich ein Gewinn wäre, sondern auch die außenpolitische Entwicklung in den Nachbarländern den größten Einfluß hätte?

Gegenwärtig haben in Frankreich oder in Belgien zumindest die bürgerlichen Elemente noch nicht genügend Vertrauen. Sie haben bis zu einem gewissen Grade Vertrauen zu Dr. Stresemann aber nicht zu seinen Ministerkollegen von rechts. Sie akzeptieren wohl oder übel die Politik von Locarno, sie zögern aber oder lehnen es sogar ab, die logischen Konsequenzen dieser Politik zu ziehen.

Wenn aber bei den Wahlen im kommenden Frühjahr die Linksparteien siegen, wenn eine wirklich republikanische Mehrheit in die Erscheinung tritt, wenn die Sozialdemokratie durch einen großen Zuwachs zum Kernstück der neuen Koalition wird und wenn sich in derselben Zeit — durch eine Gleichzeitigkeit, die leider im Jahre 1924 gefehlt hat — aus den Wahlen in Frankreich und in England ebenfalls eine Niederlage der konservativen Parteien und ein kräftiger Vormarsch der Arbeiterschaft ergibt, dann wird die Bahn frei für jene Politik, zu der die Verträge von Locarno nur die Ouvertüre gebildet haben: eine Politik der restlosen Versöhnung, die allein imstande wäre, wie wir es bereits auf der sozialistischen Fünfländerkonferenz in Frankfurt im Februar 1922 forderten, zugleich alle wichtigen Probleme zu lösen wie die Regelung der Reparations- und Schuldenfrage, die Beendigung der militärischen Besetzung bei gleichzeitiger Festlegung der notwendigen allgemeinen Sicherheitsgarantien. Vor allem aber muß gegenüber dem gefährlichen Uebergreifen des amerikanischen Kapitalismus, der noch fast unumschränkt über ein Proletariat mit nur schwachem Klassenbewußtsein herrscht, ein einziges Europa mit gemeinsamen Interessen geschaffen werden, in dem die sozialistischen Arbeiter auf ihrem Wege zur allgemeinen Macht schon jetzt politisch und wirtschaftlich einen breiten Platz an der Sonne haben würden.

Möge der am 15. August beginnende dritte Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel bereits in der Lage sein, solche Ergebnisse zu registrieren!

Die verurteilte „Juli-Justiz“

Die klägliche Bilanz der österreichischen Reaktion

Wien, Ende Dezember.

Wenn sich zum Jahresende die österreichische Bourgeoisie vor ihr Hauptbuch setzt und politische Bilanz macht, dürfte ihr nicht gerade glänzend zumute sein. Freilich, da war im Kalender dieses Jahres ein roter Tag: rot vom Feuerschein des brennenden Justizpalastes und rot vom Blut der sechsundachtzig Proletarier, die man hernach in den Straßen Wiens erschoß. Dieser Tag, der blutige 15. Juli, hat die Hoffnungen der österreichischen Bourgeoisie gewaltig anschwellen lassen: hatte man es doch dieser übermütigen, dieser von Wahl zu Wahl wachsenden, dieser ekelhaft einigen und darum schier unbezwinglichen österreichischen Sozialdemokratie gezeigt, daß auch Oesterreich, Gott sei Dank, noch ein bürgerlich regierter Staat sei, in dem man also, selbst in den Straßen des roten Wien, die Arbeiter niederknallen kann... Und hoch hinauf, in den bürgerlichen Himmel, schienen die Bäume der Bourgeoisie zu wachsen und reiche, profitreiche Früchte zu tragen.

Dann kamen Wochen der „Ordnung“ machenden Tücke, der niedrigen, in plumpen Polizeistiefeln schleichenden Reaktion: Spitzel gingen in Wien herum und machten Jagd auf „Juliverbrecher“. Jeden Tag meldete der Polizeibericht triumphierend es sei der „besten Polizei der Welt“ abermals gelungen, ein paar ganz gefährliche Brandleger, Aufrührer, Gewalttäter und Diebe ausfindig zu machen und einzuliefern. Auf den Polizeistuben wurden die Eingelieferten geohrfeigt, die Untersuchungsgefängnisse waren voll, die gesetzlichen Vorschriften über die Untersuchungshaft wurden mit Füßen getreten — der gute Bürger rieb sich die Hände und schwelgte in so viel „Ordnung“. In den agrarischen Ländern, unter den aufgehetzten Bauern, feierte die halbfaschistische Heimwehrbewegung Auferstehung, Angriffe auf die Gewerkschaften, der Sicherheitswache und der Soldaten brachten der Reaktion kleine Erfolge, man munkelte von der Abschaffung des Streikrechts der öffentlichen Angestellten... Und Seipel war ein großer Mann.

Dann aber kam langsam die Ernüchterung. Tag für Tag, erbarmungslos, ohne sich durch angedrohte Strafverfahren einschüchtern zu lassen, stellte die sozialdemokratische Presse die Praktiken der Polizei, die Willfährigkeit der Gerichte gegenüber allen Ungesetzlichkeiten an den Pranger. Allmählich wurden die mit soviel Geschrei eingelieferten „Juliverbrecher“ ohne Aufsehen aus der Haft entlassen; die meisten von ihnen waren ohnedies durch den Verlust des Arbeitsplatzes, also durch Hunger, über Gebühr bestraft. Denn das, was sie begangen haben sollten, die ungeheuerlichen Untaten, die „Juliverbrechen“ schrumpfen zusehends zusammen. Pfuirufe gegen die auf wehrlose Menschen schießende Wache, Anhalten von Autos, um die von der Polizei auf den Straßen zusammengeschossenen, blutenden, sterbenden Menschen in die Spitäler zu schaffen, ab und zu ein armer Teufel, der in der Verwirrung einen meist ganz wertlosen Gegenstand zu sich gesteckt hatte, einmal einer, der aus der brennenden Wachstube ein paar alte Stiefel an sich nahm, weil er seit Monaten kein Paar ganze Schuhe besessen hatte, ein anderer, dem im Justizpalast ein Rock in die Hände fiel, der damit einem in Bedrängnis befindlichen Wachmann das Entkommen ermöglichte und dann dafür vor Gericht gestellt wurde..., das war alles. Es war so wenig, daß obwohl sich die Kette der „Juliprozesse“ endlos hinschleppte, obwohl sogar bei der Schöffenliste gemogelt wurde, um ein den Angeklagten ungünstiges Gericht zusammenzustellen, die ganze Serie der vor den unteren Gerichten verhandelten Juliprozesse in der Mehrzahl sehr geringe Strafen und zahlreiche Freisprüche ergab.

Aber die großen Prozesse, die schweren Verbrecher, die Brandstifter und Plünderer, die die Polizei brauchte, nicht nur um ihr kompromittiertes Ansehen wieder herzustellen, ihre ungesetzliche Verhaftungspraxis zu rechtfertigen, sondern die sie vor allem brauchte, um eine Entschuldigung für das sinnlose Schießen, ein Alibi für die fürchterliche Blutschuld des 15. Juli zu haben: die sollten ja erst drankommen. Und sie kamen. Sie standen vor den Geschworenen, diese Brandleger und Aufrührer: von der Massenpsyche mitgerissene Großstadtjugend, ab und zu ein Entwurzelter unter ihnen, in der Mehrzahl Opfer unserer Gesellschaftsordnung und Opfer eines wirren Tages, der diese Ordnung jäh zu durchbrechen schien... Die Geschworenen sahen sie und — sprachen sie frei. Sieben Zivilprozesse vor dem Landgericht I endeten mit sieben Freisprüchen. Insbesondere von der Anklage des Aufstandes — das ist das Verbrechen, das das Blutvergießen der Polizei rechtfertigen sollte — erfolgte der Freispruch meist einstimmig. Auch bei jenen, die kleinere Vergehen eingestanden, machten die Geschworenen keine Ausnahme. Noch setzte die vor den Kopf gestoßene Autorität, die blamierte „Julijustiz“, auf das Landesgericht II, bei dem die Geschworenen nicht aus Wien allein, sondern auch aus der Umgebung und selbst aus dem bäuerlichen Burgenland ausgelost werden. In der Tat war die Geschworenenbank, die dort über zehn des Aufstandes und aller möglichen anderen Verbrechen angeklagte Wiener Arbeiter zu urteilen hatte, aus sechs Wienern, drei Niederösterreichern und drei burgenländischen Bauern zusammengesetzt. Ergebnis: neun meist einstimmige Freisprüche, eine einzige Verurteilung wegen eines Eigentumsdeliktes. — Ein einziger größerer Geschworenenprozeß ist noch ausständig. Aber heute schon ist die Julijustiz endgültig und exemplarisch verurteilt.

Diese Demonstration der Volksrichter richtet sich nicht nur gegen das System der leichtfertigen, juristisch unhaltbaren und nur von politischen Erwägungen diktierten Racheanklagen. Sie richten sich darüber hinaus gegen die Polizei und gegen die Regierung. Der Polizei haben die Volksrichter durch diese Freisprüche gesagt: Wenn in Wien am 15. Juli sechsundachtzig Menschen erschossen wurden, vielfach ohne Warnung, zumeist ohne Not, mit der größten Leichtfertigkeit und der verbrecherischen Brutalität, die auf Wehrlose, Fliehende, auf schon niedergestreckte Verwundete, ja selbst auf Sanitätspersonal und Verbandsplätze Salven abgab; und wenn für dieses ganze Morden kein einziger der schuldtragenden Polizeioffiziere, die in erstatteten Anzeigen und öffentlichen Anklagen vielfach direkt bestimmter Bluttaten beschuldet worden sind, zur Verantwortung gezogen, ja wenn die blutbefleckten Polizisten noch dekoriert wurden — dann wollen wir angesichts dieser wirklichen Juliverbrecher die angeblichen, armseligen „Juliverbrecher“ nicht verurteilen. Und der Regierung haben sie gesagt: der Herr Bundeskanzler Seipel hat gleich in der ersten Sitzung des Nationalrats nach den Juliereignissen das Wort ausgesprochen: „Keine Milde“. Die Regierung hat seither den wiederholten Aufforderungen der Sozialdemokratie, das verwirrte Geschehen durch eine versöhnliche Geste der Vergangenheit, der Geschichte zu überantworten, ein taubes Ohr zugekehrt; sie hat selbst bei der jährlichen Weihnachtsamnestie zwar einen notorischen Preßstrolch und Erpresser, dagegen keinen einzigen „Juliverbrecher“ zur Begnadigung vorgeschlagen — wohlan, die Amnestie, die Herr Seipel verweigert, die Volksrichter haben sie vollzogen! Die Geschworenen sprechen mit der Stimme des Volkes, sie vollstrecken, was der Wille des Volkes ist: Schluß mit dieser Julijustiz!

Selbstverständlich haben diese Urteile in der Bourgeoisie einen Sturm gegen die Geschworenengerichte entfesselt, die ja in politischen Angelegenheiten der Reaktion seit jeher ein Dorn im Auge sind. Selbstverständlich versteckt sich dieser reaktionäre Angriff hinter eine ganze Reihe von juristischen und anderen Erwägungen. Es ist richtig, daß die Wiener Geschworenen in der letzten Zeit auch in anderen als den Juliprozessen sehr viele und oftmals aufsehenerregende Freisprüche gefällt haben; sie haben geständige Gattenmörderinnen und andere Sensationsangeklagte freigesprochen. Damit aber gehorchen die Wiener Geschworenen nur einer Entwicklung, die in allen Großstädten beobachtet werden kann: in Paris ist es seit Jahrzehnten Tradition, daß alle Verbrecher aus Leidenschaft, politischer oder anderer, von den Geschworenen freigesprochen werden. Das ist einfach eine Korrektur eines veralteten Gesetzes, das den Strafmilderungsgrund der an Sinnesverwirrung grenzenden Gemütsstörung nicht kennt — und niemand regt sich darüber auf, niemand denkt daran, deswegen über die Geschworenengerichte herzufallen.

Aber in Oesterreich haben die Geschworenenurteile über die Julijustiz freilich noch eine andere Bedeutung. Sie sind, nehmt alles nur in allem, der Ausdruck der allgemeinen, der wieder normal gewordenen Stimmung in den breiten Massen der Bevölkerung, einer Stimmung, die freilich den reaktionären Hoffnungen, denen sich die österreichische Bourgeoisie nach dem 15. Juli hingab, eine bittere Enttäuschung bereitet. Jeder Tag zeigt es deutlicher, daß der blutige Spuk des 15. Juli verflogen ist und das österreichische Volk vor den Rachebedürfnissen der Bourgeoisie Ruhe haben will. Jeder Tag beweist es mit neuer Klarheit, daß sich die Kräfteverhältnisse der Klassen, die der 15. Juli erschüttert zu haben schien, wiederherstellen. Das zeigt sich im Parlament, wo die bürgerliche Regierung, weit entfernt davon, zu diktieren, wie sie es anfangs tun zu können glaubte, mit der starken sozialdemokratischen Opposition wieder rechnen und wieder verhandeln muß. Das zeigt sich in der Oeffentlichkeit, wo es von allen Plänen gegen das Koalitionsrecht und anderen Blütenträumen der Reaktion völlig still geworden ist und neben der Bitterkeit, die zwischen den Klassen zurückgeblieben ist, das Bewußtsein der unerschütterten Stärke der Sozialdemokratie eine bestimmende Tatsache des österreichischen Lebens bleibt. Das zeigt sich auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei selbst, wo die nach dem 15. Juli kleinmütig Gewordenen, die vom „Umlernen“ und Koalition sprachen, allmählich einsehen, daß, so wenig es der Bourgeoisie gelang, mit den Toten vom 15. Juli „ihre Weinberge zu düngen“, so wenig auch für die Partei diese Toten ein Anlaß sind, ihre Politik zu revidieren.

Katholizismus und Sozialismus

Ein Versuch zur Klärung.

Von Wilhelm Sollmann.

> Wenn man hüben und drüben wüßte, was Kapital in Wahrheit ist, was in Wahrheit Marx und die Kirche lehren, so wäre eine Verständigung leicht möglich, ja geboten. So aber führt man vielleicht noch lange einen Kampf auf Leben und Tod gegeneinander auf Unwissenheit und Mißverständnis.
>
> Wilhelm Hohoff, katholischer Pfarrer und Marx-Forscher.

In der berühmten Streitschrift, die der junge Abgeordnete August Bebel an den jungen Kaplan Hohoff gerichtet hat, steht der scheinbar so klare und jedenfalls einprägsame Satz, daß Christentum und Sozialismus sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser. Wer weder vom Christentum noch vom Sozialismus etwas kennt, diesen Satz weiß und begreift er sicher. Er gehört zu den leicht erwerblichen Schlagworten, die ihre zufriedenen Nachbeter von der Pflicht weiteren Nachdenkens entheben.

Hohoff und Bebel freilich blieben in der Gedankenwelt ihrer Jugend nicht ganz stehen.

Zwar blieb Pfarrer Hohoff immer gläubiger Katholik, aber nach jahrzehntelangem Marxstudium verglich er den Künder des wissenschaftlichen Sozialismus mit Kopernikus, dem Entdecker des Systems der Welten.

Zwar blieb August Bebel immer philosophischer Materialist, radikaler Atheist, unbeugsamer Kirchenfeind, aber wir hörten den greisen sozialistischen Propheten in den katholischen Städten des Westens leidenschaftlich um die Seelen der christlichen Arbeiter werben. Wir hörten, wie er seine persönliche Religionslosigkeit unterschied von dem Willen der Partei zur Neutralität gegenüber religiösen Gewissensfragen, wie er, der Atheist, mit feurigen Worten die gleichzeitige Zugehörigkeit zur Kirche und zur Sozialdemokratie verteidigte.

Auf diese These, die, wenn wir von dem Eingänger Hohoff absehen, niemals von einem katholischen Priester öffentlich angenommen worden ist, war ein halbes Jahrhundert lang unsere sozialistische Werbung in den katholischen Gebieten abgestimmt, und sie ist es heute mehr denn je.

Die katholische Kirche gab und gibt sich die erdenkliche Mühe, dem Sozialismus die Kampffront aufzudrängen: „Hie Christentum — hie Heidentum!“ Wir verharren in der Antwort: „Nein! Hier Kapitalismus und hier Arbeitsvolk! Und in unsere Front der Sozialisten gehören alle Ausgebeuteten, gehören Gläubige und Freidenker gemeinsam.“ Wenn die Sozialdemokratie viele hunderttausende Katholiken zu ihren Wählern und noch zur folgerichtigen Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bringen konnte, so durch die Befreiung der sozialistischen Botschaft von religionsfeindlicher Propaganda, ja gerade durch das Wachrufen der mammonsfeindlichen Worte im Evangelium und bei den Kirchenvätern gegen die vielen dem mammonistischen Zeitalter verfallenen Priester.

Nach fünfzigjährigem Streit ist die katholische Kirche unerschüttert, aber sie hat das Heranwachsen der großen geistigen und organisatorischen Macht des Sozialismus nicht hindern können. Und diese ist, trotz allem Ableugnen, auf die katholische Geisteswelt nicht ohne Einfluß geblieben. Auch wenn wir anerkennen, daß die katholische Sozialethik bis auf Ketteler zurückgeht, fügen wir hinzu, daß die modernen katholischen Sozialethiker ökonomische Maßstäbe und Erkenntnisse gewinnen, die ohne die marxistische Kapitalkritik nicht möglich wären. Nicht aus überlegener Kraft, sondern aus Unsicherheit und ein wenig aus mangelndem Mut zur Wahrheit kommen die sonderbaren Versuche, zu unterscheiden zwischen Kapitalismus und Mammonismus und mit der Verlegenheitswendung Solidarismus das solange als Teufelswerk verlästerte Wort Sozialismus zu vermeiden.

Nicht die weltumspannenden kirchlichen Organisationen, die Menschen aller Rassen, aller Klassen und der verschiedensten Entwicklungsstufen in sich bergen, sind krisenhaft bewegt, aber in Millionen proletarisierten Katholiken wühlen die Zweifel, ob ihre Kirche die harte ausbeuterische Gesellschaftsordnung des Kapitalismus dulden oder gar segnend schützen dürfe. Alles, was an vorsichtigem Wandel der sozialen Anschauung und des sozialen Ausdrucks in den oberchristlichen Kundgebungen der jüngsten Jahre zu leben beginnt, kommt aus einer einzigen Ursache: aus den schweren seelischen Konflikten der katholischen Arbeiter und der christlichen Priester, die auf der ganzen Skala von religiöser Unruhe bis zum zornigen katholischen Revolutionismus den sozialen Ethos und die soziale Tat ihrer Kirche gegen den Kapitalismus verlangen.

Große Massen der katholischen Arbeiter, zahlreiche junge Intellektuelle, vereinzelte Priester des katholischen Proletariats führen aus sozialer Bedrängnis und aus gläubigem Gewissen politisch eine radikal sozialistische Sprache. Während die Kirchenfürsten hoch über dem Laien den „gottlosen“ Sozialismus noch verfluchen, breitet sich tief unten im katholischen Kirchengebäude ein religiöser Sozialismus aus. Er weiß, daß er wie diese universale, mit keiner Klasse, mit keinem Volke allein verbundene Kirche ganz erobern kann, aber er ringt um sein Bürgerrecht in dem Weltreiche des Katholizismus.

Diese katholischen Sozialradikalen und Sozialisten sehen wirtschaftlich und sozial keine Kluft mehr zwischen sich und den marxistischen Sozialdemokraten. Sie fühlen sich jedoch weltanschaulich in unüberbrückbarem Gegensatz zum philosophischen Materialismus, den man ihnen fälschlich als die geistige Grundlage der Sozialdemokratie ausgibt. Sie scheuen nicht den Sozialismus, sondern den Atheismus. Für sie gehört es zu den stärksten ihre Hoffnungen beflügelnden Erlebnissen, daß Gegner des philosophischen Materialismus, Kritiker eines mechanisierten historischen Materialismus, irrationale Kräfte, ja sogar religiöse Stimmen aus der Sozialdemokratie laut werden und die Legende zerstören, daß Sozialdemokratie und Religionsfeindschaft eins wären. Ueber die hohen Mauern der Traditionen und Organisationen hinüber drängen aus gleicher Not Menschen verschiedener Weltanschauungen zu gemeinsamer sozialistischer Arbeit zusammen.

Hüben und drüben sehen nur wenige diese Entwicklung und noch weniger haben den Mut, sie zu bejahen. Nun liegt ein erster sozialdemokratischer Versuch vor, diese Probleme danzustellen, sie zu klären, Gemeinsames aufzuzeigen und Grenzen zu ziehen: das soeben im Dietz-Verlag erschienene Buch von Georg Beyer „Katholizismus und Sozialismus“. Genosse Beyer ist mein vieljähriger Freund und mit mir Leiter der „Rheinischen Zeitung“. Es verbietet sich daher, daß ich sein Buch lobe. Nur die eine Bemerkung, daß es zu den wenigen sprachlich edlen Arbeiten der deutschen politischen Literatur gehört, kann ich nicht unterdrücken.

Diesseits des Walles die allzu bequeme und selbstsichere Meinung, daß der Katholizismus „verdummt“ und jenseits des Grabens die bösartige und gedankenlose Lehre, daß die Sozialdemokratie „verroht“ — wer so daherredet, ahnt nicht, wie sehr er sich bloßstellen kann. Es geht hier um Großes und Größtes, um Zeitliches und Ewiges. Geistige Weltmächte ringen miteinander und die beiden weitaus stärksten sozialen und sittlichen Kraftzentren, die zur Lösung der sozialen Spannungen des Zeitalters ernstlich in Betracht kommen: Katholizismus und Sozialismus.

„Niemals wird eine katholisch-sozialistische Synthese möglich sein, weil es zwischen verschiedenen Elementen keine mittlere Mischung gibt.“ Die ins Ueberweltliche reichende Kirche kann nicht im Sozialismus aufgehen, und die nur mit den Wirklichkeiten einer bestimmten Epoche der Menschheitsgeschichte rechnende Sozialdemokratie, die nur an diesseitige Kräfte sich wendet, kann weder einer Kirche noch einem sonstigen weltanschaulichen System eingegliedert werden. Möglich sind nur katholische Sozialdemokraten, sozialdemokratische Katholiken. Und notwendig ist das Zusammenwirken der sozialistischen Kräfte in allen Lagern, aus Wissenschaft und Weltanschauung, aus Interesse und Gesinnung, wenn die Welt sich erneuern soll.

Katholiken und Sozialisten lagen sich ein Menschenalter feindlich in Schützengräben gegenüber. Mindestens die Proletarier in beiden Heeren erheben allmählich die Köpfe über Wälle und Drahtverhau, senken die Waffen und suchen den Blick der Brüder. Die gläubigsten Sozialisten und die gläubigsten Katholiken ahnen über allem Trennenden Gemeinsames im Ewigkeitszuge des Menschengeschlechts. Sie lauschen und folgen dem seherischen Rufe des katholischen Revolutionärs Heinrich Lersch:

> Bahnt mit Gesängen den Weg! Marschiert!
> Tausend Jahre Zukunft stauen auf uns hernieder,
> Tausend Jahre Vergangenheit beten zu uns herauf.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — **Breslau Welle 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 4. Januar 1928: 15.45—16.15: Aus Büchern der Zeit. — 16.15—17.45: Franz Liszt. — 17.45: Dora Lotti Kretschmer: „Sprecherziehung“. 18.15: Mitteilungen des Arbeiter-Radiobundes Deutschlands e. V., Bezirksgruppe Breslau. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Abt. Literatur. — 19.30 bis 20: Abt. Rechtswissenschaft. — 20.10: Die neue Frau. — 21.10: „Zwei Bund Schlüssel“. Anschließend die Abendberichte und Aufführungen des Breslauer Schauspiels, eine Theaterplauderei.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.05: Berichte. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19: Uebertragung der Oper „Aida“.

Posen — Welle 280,4.

Mittwoch. 12.45: Konzert. 17: Kinderstunde. 17.45: Heitere Stunde. 19: Verschiedenes. 19.10: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert. 22.30: Jazzmusik.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch. 11.40: Wie vor. 16.30: Vorträge. 17.45: Stunde für die Jugend. 18.15: Konzert. 18.55: Berichte. 20.30: Uebertragung aus Warschau.

Warschau — Welle 1111.

Mittwoch. 11.40: Wie vor. 16: Vorträge. 17.45: Stunde für die Jugend. 18.15: Nachmittagskonzert. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.30: Uebertragung aus Kattowitz.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Freitag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im Arbeiterkasino Krol. Huta eine Jahresfeier statt, zu der alle Mitglieder, Sänger und Touristen herzlichst eingeladen werden.

Nikolai. Zwecks Umtausch der Bücher werden die Genossen ersucht, dieselben am 4. Januar, von 7—8 Uhr nachm. im Vereinslokale (Ciossek) beim Bibliothekar abzugeben.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Bismarckhütte, 6. Januar, vormittags 10 Uhr.
Kattowitz, 8. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, abends 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Zalenze. Bergarbeiter. Am 6. Januar (Fest der hl. drei Könige) findet bei Golczyk, vormittags 9½ Uhr, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten an der Tagesordnung sind. Referenten: Kam. Ritzmann und Genosse Helmrich. Nach der Versammlung findet eine Sitzung der Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Zalenze statt. Daher werden die Vorstandsmitglieder gebeten, an erster Stelle zu erscheinen.

Kostuchna. D. S. A. P. und Freie Gewerkschaften. Sonntag, den 8. Januar 1928, vormittags 9½ Uhr, findet eine Parteiversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Lokal wie immer. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist daher sehr erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski. Sp. z ogr. odp., Katowice. Kościuszki 29.